

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verabfolgung: Drag II., Kralupy 15. • Zerpben: 20795, 31460. • (Nachdruckverbot): 20797 • Verlagsamt: 37344

11. Jahrgang.

Mittwoch, 16. Dezember 1931

Nr. 292.

Das nationale Problem der Arbeitslosigkeit.

Mährisch-schlesische Landesvertretung.

Brünn, 15. Dezember. (Eigenbericht.) Die heute eröffnete 13. Tagung der mährisch-schlesischen Landesvertretung beschäftigte sich mit einer größeren Anzahl von Anträgen, die der Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten gewidmet waren und dabei auf ein geringes Interesse im Hause stießen. Vorherst bemerkenswert waren hingegen die Ausführungen unseres Genossen Schuster, der den statistischen Nachweis erbrachte, daß die deutschen Gebiete des Landes weit mehr unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, als die tschechischen.

Zu Beginn der Sitzung erläuterte der Präsident einen kurzen Bericht über den Stand der Arbeitslosigkeit, in dem er sich mit ein paar inhaltlosen Präsen begnügte, der Wichtigkeit dieses Problems aber in keiner Weise gerecht wurde.

In einem Antrage auf Aufnahme einer Investitionsanleihe nahm namens unserer Fraktion Genosse Schuster Stellung. Die Arbeitslosigkeit betrug im Lande im September 43.800, im Oktober 49.500 und stieg im November plötzlich auf 65.000 an, wuchs also um etwa 30 Prozent. In dieser Zahl sind jedoch nur die gemeldeten Arbeitslosen enthalten. In Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen etwa viermal so groß.

Von den sechs Bezirken des Landes, die pergenauell die größte Arbeitslosigkeit aufweisen, sind die ersten fünf Bezirke mit deutscher Mehrheit und erst der sechste Bezirk ist Mährisch-Odrau, also immerhin ein Bezirk mit starker deutscher Minderheit. Durchschnittlich entfallen auf 1000 Einwohner in den deutschen Bezirken 21 Arbeitslose, in den tschechischen Bezirken aber nur 14 Arbeitslose.

Die Arbeitslosigkeit im deutschen Teile des Landes ist also doppelt so groß, als in den tschechischen Teilen. Von den 65.000 Arbeitslosen des Landes sind 25.000 Deutsche. Das Verhältnis der deutschen Arbeitslosen zu den tschechischen ist wie 1:2. Genosse Schuster verwies darauf, daß auch Investitionsarbeiten allein die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich beeinflussen können. Sie könnten diese nur in Verbindung mit einer Verfürgung der Arbeitszeit und vernünftiger handelspolitischer Maßnahmen. Zur Einberung der nächsten Tagung aber ist geboten, den Gemeinden und Bezirken endlich jene Beiträge aus dem Ausgleichsfonds zur Verfügung zu stellen, die vom Lande noch immer geschuldet werden. Abschließend bringt der Redner einen Antrag ein, der die Darlehensaufnahmen durch die Gemeinden erweitern und erleichtern soll.

Nachdem einige weitere Punkte der Tagesordnung ohne Debatte erledigt worden waren, kam Genosse Morgenstern zu Worte und beschäfigte sich eingehend mit den Minderheiten der Landeskindereinrichtung in Mährisch-Schönberg. Er bemängelt vor allem, daß die Anzahl der Pflegerinnen viel zu gering sei und diese daher mit Arbeit überbürdet seien. Wegen großen Raummangels ist die Unterbringung des Personals äußerst mangelhaft und auch die Entlohnung steht in keinem Verhältnis zu dessen verantwortungsvollen Diensten. Die Kinder sind fast den ganzen Tag sich selbst überlassen, welcher Umstand sie in schwerste Gefahr bringt. Das Kinderheim wurde im Jahre 1926 erbaut und im Jahre 1927 vollendet und übernommen. Bereits im Jahre 1928 haben sich schwere Fehler gezeigt, die nun Jahr für Jahr im Stenierungsprotokoll erwähnt werden, bisher ist aber nichts geschehen, diese Fehler zu beseitigen. Die letzten Ursachen für diese Minderheiten sind natürlich in dem durch die Verwaltungsreform hervorgerufenen System zu suchen, doch könnte das Land auch jetzt schon keinen Verpflichtungen besser nachkommen. In diesem Sinne stellt der Redner auch einen Antrag.

Im Laufe der Debatte über die nächste Tagesordnung kam noch einmal Genosse Morgenstern zu Worte. Er geißelte in seinen Ausführungen wiederum die Spital- und Anstaltsverhältnisse in unserem Lande. Genosse Morgenstern wies auf die im Verhältnis zur Anstaltszahl viel zu niedrige Anzahl der Wärter in den Landesanstalten in Mähr. Sternberg und Troppau hin und kritisierte den langsamen Fortschritt bei Anträgen der Landesvertretung, wonach Monate nach der Erledigung in der Landesvertretung die Anträge in den Kommissionen noch nicht durchberaten werden. Als den größten Mangelstand bezeichnete Genosse Morgenstern die geringe Dotierung der Spitalbibliotheken, die eine Weiterbildung der in den Anstalten beschäftigten Kräfte ungemein erschweren, und brachte eine Reihe diesbezüglicher Anträge ein.

Die Krise unseres Außenhandels.

Vom Jänner bis November ist unsere Ausfuhr um vier Milliarden K^z gesunken

Das Statistische Staatsamt gibt soeben eine Uebersicht über den Außenhandel der Tschechoslowakei für die Periode Jänner bis November 1931 im Vergleich zu der gleichen Zeit des Vorjahres heraus, aus der die schwere Krise unserer Wirtschaft deutlich hervorgeht:

Warengruppe	Jänner-November 1931		Jänner-November 1930	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
I. Lebende Tiere	201,634	21,869	668,992	50,509
II. Lebensmittel und Getränke	2,114,015	1,007,932	2,344,927	1,536,221
III. Rohstoffe	4,501,984	1,856,864	6,611,951	2,348,167
IV. Fertige Waren	3,685,453	9,063,103	4,742,374	11,850,571
V. Edelmetalle und Münzen	56,455	34,193	30,970	10,901
Rückware	—	—	40,957	52,594
Zusammen	10,559,541	11,983,951	14,440,171	16,048,963

Danach ist also in der angegebenen Zeit 1931 die Ausfuhr um 4065,012.000 K^z, die Einfuhr um 3880,630.000 K^z zurückgegangen, der Gesamtumfang unseres Außenhandels um 7945,642.000 K^z oder um fast acht Milliarden.

Am stärksten ist der Ausfuhrückgang bei Fertigwaren, nämlich 2787,468.000 K^z, der Einfuhrückgang bei Rohstoffen, der 2109,967.000 K^z beträgt. Aber auch der Einfuhrückgang an Fertigwaren im Betrage von 1066,921.000 K^z ist außerordentlich hoch, er ist das Spiegelbild des Rückganges der Kaufkraft.

Für volle und rückhaltslose Abrüstung!

Genosse Zoll widerlegt die „Argumente“ Bistovihs gegen die Dienstzeitverkürzung.

Prag, 15. Dezember. Im Senat wurde heute früh die Aussprache über das Budget mit einem Referat des Generalobersterstatters Stodola eröffnet. Die Debatte ist für vier Tage in Aussicht genommen und soll Freitag abends abgeschlossen werden. Als einer der ersten Redner sprach Genosse Zoll, der sich mit unserem Militärbudget befaßte und die verschiedenen Ausführungen des Verteidigungsministers bezüglich der Dienstzeitverkürzung erbarmungslos zerprüfte. Im zweiten Teil seiner ausgezeichneten Rede befaßte sich Genosse Zoll mit der bevorstehenden Abrüstungs-Konferenz und entwickelte unsere diesbezüglichen Forderungen, die auf Beseitigung jeder Kriegsgefahr durch völlige Abrüstung ohne alle „Sicherheits-Klauseln“ hinauslaufen. Er führte u. a. aus:

Redner stellt einleitend fest, daß die durchgeführte Kürzung des Militärbudgets um etwa 10 Prozent keinesfalls den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Großhandelspreise sind nicht nur für Lebensmittel, sondern noch mehr für Bekleidung und Ausstattungsgegenstände beträchtlich zurückgegangen; bei Eisen beträgt der Rückgang 20, bei anderen Metallen aber 42 bis 50 Prozent. Daß große Ersparnisse möglich wären, beweist auch ein Vergleich mit den Veresausgaben im alten Oesterreich; überhaupt ist der ganze Militärapparat und namentlich das Verteidigungsministerium selbst viel zu groß.

Am radikalsten könnte aber gespart werden durch die Herabsetzung der Prüfungsbesoldung.

Die darüber kürzlich durch die Presse gegangene Meldung hat in der Bevölkerung freudigen Widerhall gefunden, am nächsten Tag aber hat der Verteidigungsminister die Meldung als was vorzeitig erklärt, das ganze Arsenal an Hemmnissen, das wir schon kennen, wieder ausgefrant und noch ein paar neue Sachen dazu gefunden.

Angeichts des hohen Standes von Offizieren (9488) und aktiven Unteroffizieren (25.240) ist das Beharren auf den 8000 Instruktionen absolut nicht am Platze; man könnte ruhig auch schon mit den vorhandenen 5000 an die Einführung der verkürzten Dienstzeit gehen. Außerdem wäre es gerade bei dieser Arbeitslosigkeit jetzt sicher möglich, die fehlenden 3000 Längerdienenden zu bekommen; das hat aber der Herr Minister direkt abgelehnt. Man kann da direkt von einer Sabotage der Werbung von Längerdienenden seitens der Militärbehörden sprechen!

Redner zerprüfte weiters das neueste „Argument“, daß nämlich die Dienstzeitverkürzung gar keine Ersparnisse brächte.

Es ist doch eine einfache Schulaufgabe, auszurechnen, was man erspart, wenn 105.000 Mann vier Monate nicht beschäftigt zu werden brauchen. Seinerzeit bei der Herabsetzung der Dienstzeit von 24 auf 18 Monate sind budgetmäßig nachweisbar 127 Millionen erspart worden, trotzdem der Stand der Längerdienenden damals bereits stark erhöht wurde. Noch einschneidendere Ersparnisse könnten gemacht werden, wenn man sich gleichzeitig zur

Berzingerung des Abbrüstungsentschlusses fände. Im Jahre 1925 brachte die Kürzung des Standes um 15.000 Mann eine Ersparnis von 40 Millionen!

Genosse Zoll weist dann unser Anführung verschiedener Einzelfälle darauf hin, daß sich die Zustände in der Armee in letzter Zeit wieder verschlechtern, daß die Zahl der Selbstmorde wächst und immer wieder als Motiv „Fürcht vor Strafe“ angeführt wird.

Der Zusammentritt der Abrüstungskonferenz im Jänner wird eine Schicksalsfrage für Europa und den Menschheitsgedanken überhaupt sein. Durch dreizehn Jahre verschlepp man mit allen Mitteln der Geheimdiplomatie die Frage der Abrüstung, wobei namentlich die sogenannte Sicherheitsklausel immer wieder ins Treffen geführt wird. Der militärische Begriff der Sicherheit bedt sich nicht mit dem der übrigen Menschheit, erst abrüsten wollen, wenn ich eine stärkere militärische Bereitschaft habe als der Nachbar, führt nur dazu, daß niemand abrüsten will.

Der Konventionentwurf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz entspricht zwar nur den allerbescheidensten Ansprüchen, aber er ist endlich ein Anfang, insbesondere wenn eine entsprechende Lösung der im Konventionentwurf noch offenen gelassenen Fragen herbeigeführt wird.

Die Grundidee, die wir dabei beachten wissen wollen, fuhen auf der Gleichheit der Rechte und Pflichten. Nichts wäre verderblicher, als wenn man die Siegervölker und die Besiegten dauernd nach verschiedenem Recht behandeln wollte. Diese erforderliche Gleichheit darf aber nicht durch Wiederaufrüstung der auf Grund der Friedensverträge entwaaffneten Völker herbeigeführt werden, es darf aber auch keine Stabilisierung der Rüstungen vorgenommen werden.

Wir verlangen eine wesentliche, sofortige und allgemeine Herabsetzung des Rüstungsstandes, die sich auf alle Rüstungselemente erstrecken muß, also auf Friedensstände, Dienstzeit, mobilisierte Reservisten, alle militärischen Ausgaben, Marine, Befestigungen, Waffen und Munition für alle Streitkräfte. Das Verbot der chemischen und bakteriologischen Rüstungen muß bestätigt und wirksam gestaltet werden. Schließlich verlangen wir auch eine entsprechend wirksame Kontrolle der Durchführung der Abrüstung und wünschen, daß unser Staat alles tue, um einen wertvollen Erfolg der Konferenz mit vorzubereiten! Die Abrüstung ist nicht in erster Linie eine militärische Angelegenheit, sondern eine politische, und die Verantwortung für das Schicksal der Bevölkerung trägt nicht die Militärverwaltung, auch nicht die hohe Bürokratie, sondern in erster Linie die gewählte Volksvertretung, der Gelegenheit gegeben werden müßte, sich an den vorbereitenden Arbeiten maßgebend zu beteiligen! Bei der heutigen technischen Vervollkommnung der Kriegsmaschinerie kommen die kleineren Staaten überhaupt nicht mehr mit; je mehr sich der Krieg technisch entwickelt, desto kriegerischer ist der große, reiche Industriestaat. Wir befolgen also nur unser ureigenstes Interesse, wenn wir uns nach Kräften für eine erfolgreich: Abrüstungskonferenz einsetzen. (Beifall)

„Weisse Wochen“ bei den Nazis.

Wir stehen am Anfang eines furchtbaren harten Krisenwinters. Die Wirkungen der Krise werden nicht nur die unmittelbaren Opfer, die Arbeitslosen, durch Elend und Hunger zu spüren bekommen, sie werden sich auch den noch in Arbeit stehenden und sogar an vielen, die sich ehemals, weil sie eine wohl beschiedene, aber anscheinend auf sicherem Grunde gebaute Existenz hatten, fühlbar machen. Das ist die richtige Zeit für die, die da glauben, mit der gesteigerten Not des Volkes gute politische Geschäfte und vor allem der Sozialdemokratie den Boden abgraben zu können. Neben den Kommunisten, denen beim Gedanken an den Hungerwinter das Wasser im Munde zusammenläuft und die im Geiste schon die Sozialdemokratie, der sie die Schuld an allen Uebeln zuschreiben, zerstückelt sehen, sind es die Nationalsozialisten, die so wie in Deutschland auch hier eine Zeit der Sozialkonjunktur gekommen glauben. Welch eine Erbärmlichkeit! Die Massen durchleben entbehrungsreiche, kummer- und sorgenvolle Monate, wie sie noch kaum jemals mit gleicher Wucht auf ihnen lasteten, für die Nazis aber ist dies nur eine Gelegenheit für ihre betrügerischen Schaumfischereien. Das Elend rührt und bewegt sie nicht, es ist für sie nur der Anlaß, wenn möglich ihr politisches Geschäft dabei zu betreiben und im Trüben zu fischen. Sie hoffen, daß die von der Not und Existenzunsicherheit Gepeinigten durch die traurigen Verhältnisse genug verwirrt sein werden, um urteilslos jenen hereinzufallen, welche am freigebigsten in — — Versprechungen sind.

Darum veranstalten sie wie gewisse gerissene Kaufleute, die alte Ladenhüter anzubringen suchen, „weiße Wochen“ — nein, sogar „weiße Monate“, und zwar gleich fünf an der Zahl. Ungefähr fünf Monate wird, so nimmt man an, das größte Elend dieses Winters dauern und ebenso lange soll der Ausverkauf der Nazi-Verheißungen währen. Sie nennen es — unter Diebstahl an der bolschewistischen Phrasologie — den „Fünf-Monatsplan der sudetendeutschen Nationalsozialisten“. Diese fünf Monate, die genau mit den schlimmsten Hungermonaten zusammenfallen, sollen ausgenutzt werden, um den Notleidenden zu helfen? Was für ein Tölpel müßte es sein, um dies zu glauben! Nein, die fünf Monate sollen den Nazis „weitere 20.000 Mitglieder“ für ihre Parteiorganisation und — „neue Abonnenten der Parteipresse“ bringen! Und wörtlich deklamiert es die Ankündigung des „Fünf-Monatsplanes“ der Nazis: „Jetzt gilt es, die Partei groß und mächtig zu machen!... Jetzt muß es den Massen klar gemacht werden: Die Zukunft des Sudetendeutschentums ist — der Nationalsozialismus!“ Freivolter haben bisher nicht einmal die Kommunisten gewagt, einzugestehen, daß es ihnen selbst in diesem Hungerwinter um nichts anderes geht, als um die politische Fruktifizierung des jammervollen Elends großer Massen für ihre Partei und ihre Presse.

Run denn, hereinpatziert meine Herrschaften! Die Nazis bitten um geneigten Zuspruch in ihrem Laden. Die Auslage ist auf das blendendste und einladendste hergerichtet und eine Reihe Redner von der Bewährtheit und Skrupellosigkeit routinierter Jahrmärts- und Schaubuden-Ausrücker wollen fünf Monate lang draußen in allen Teilen des Landes für das Geschäft der Nazis werben. Das eben ist der „Fünf-Monatsplan“, der den Nazis bis „im letzten Dorf und in der letzten Fabrik“ neue Mitglieder und Abonnenten durch Schaumfischerei im Großen bringen soll.

Die Nazis haben wirklich keine Kräfte gespart, um sich für die Werbung in den „weißen Wochen“ ihres Fünf-Monatsplanes

verlorend herauszustaffieren. An der Maske, deren sie sich bedienen wollen, fehlt nichts, was einigermaßen zu „ziehen“ verspricht. Der Nationalsozialismus kämpft „gegen die Polizeiwillkür und gegen den Terror“. Das ist kein Witz, das sieht im Fünf-Monatsplan wörtlich so. Unter dem Terror, gegen den die Nazis kämpfen wollen, soll natürlich nur der „Terror“ der Marxisten, nicht etwa jener, den die Unternehmer ausüben oder sie die Nazis selber, verstanden sein. Hier in der Tschechoslowakei sind ihnen die Trauben zu sauer, sie wissen, daß ihnen die Nachahmung des Treibens ihrer heiliggeliebten Vorbilder, der Hitlerbanden, übel bekommen würde, aber sind sie denn nicht gleich vom Fleische des reichsdeutschen Faschismus, dessen Anhänger Tag um Tag mit Knüppel, Dolch und Revolver gegen Arbeiter blutigen Terror üben? Wenn sie könnten, die Arbeiter, um die sie mit der schwindelhaften Vereinerung werden, daß sie Polizeiwillkür und Terror verabscheuen, würden erst erfahren, was Terror heißt! Die Nazis sind keine Freunde der Polizei, solange sie diese nicht in der Hand haben, aber hat nicht erst in den letzten Tagen ein bedeutender Naziführer im Reich angekündigt, daß, wenn das der Fall sein wird, der Nationalsozialismus dem deutschen Volke vorerst einmal etwas aufspielen werde! So unheimlich ist, sich bei uns eine Naziherrschaft vorzustellen, in Deutschland ist sie es, wenigstens nach den Vereinerungen der Nazis nicht. Was dann der deutsche Faschismus aus Deutschland für einen Polizeistaat machen würde, das ist heute noch kaum vorstellbar.

Die sudetendeutschen Nazis kämpfen auch „für Arbeit und Brot“, sagt der Fünf-Monatsplan. Arbeit und Brot sagen sie und Anhänger und Abkommen meinen sie. Wenn die Erwerbslosen auf die Arbeit und das Brot warten wollten, das ihnen die Nazis verschaffen wollen, so würden sie alleamt glatt verhungern. Kürzlich versendete der Verband der tschechischen Industriellen an seine Mitglieder einen Geheimbericht, was erzählt sei, um ein Beispiel der Arbeit- und Brotbeschaffung durch die Nationalsozialisten anzuführen, in dem zu lesen stand, vom Vorstand des Verbandes sei, um die Wege zur Befreiung durch Lösung der „marxistischen Bindungen“ eindringlich darzulegen, neben Führern anderer Parteien auch der Leiter der wirtschaftlichen Abteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Dr. Wagner empfangen worden und habe dem Vorstand darüber Bericht erstattet. Die „marxistischen Bindungen“, welche die Großindustriellen gelöst sehen wollen, sind nichts anderes als die Tarifverträge, die Sozialversicherungsgeetze, die Krankenkassen und die Arbeitslosenversicherung, der Achtstundentag und der Arbeiterurlaub, die Beschränkung der Frauenarbeit, der Schwangerenschutz und das Verbot der Kinderarbeit. Und um die Konzentration an diesen „marxistischen Bindungen“ zu vollziehen, dazu dünkt den Ausbeutern der Nationalsozialismus das geeignetste Instrument zu sein! Das raffgierige Kapital weicht, an wen es sich zu halten hat und nicht umsonst hat es seine Geldschränke zur Ausrüstung und

Aufzucht der Hitlerbanden weit geöffnet. Da pilgern die Herren Krebs und Ragg ins braune Haus nach München, um sich bei dem Häuptling des deutschen Faschismus Rat schläge zu holen, indessen wird hier der Schwindel des „Fünf-Monatsplanes“ ange kurbelt, in dem es heißt, daß die Nazis für die Gleichberechtigung des jüdischen und des deutschen Volkes und für die jüde tendente Selbstverwaltung kämpfen. Die Nazis stecken ein demokratisches Aushängeschild vor ihren Kramladen, wie sie es aber mit dem demokratischen Grundged der Gleichberechtigung halten, das beweist viel besser ihre Verhimmelung der Tendenzen und Bestrebungen des reichsdeutschen Nationalsozialismus, dessen Teil zu sein die jüden deutschen Nazis doch nicht ableugnen werden. Nun aber haben nicht nur die Vorheimer Dokumente, sondern schon ein unter der Patronanz Hitlers selbst im Jahre 1923 ver fertigter nationalsozialistischer Verfassungs entwurf unzweideutig verraten, wie sich die Nazis die Gleichberechtigung und andere demokratische Dinge im nationalsozialistischen Zukunftsstaat vorstellen. Nach diesem Entwurf werden alle Grundlagen der Demokratie, wie Volkssouveränität, Rechtsstaat, Menschenrecht,

restlos beseitigt, alle Volksvertretungen im Reich, Ländern und Gemeinden werden aufgelöst, die Teilnahme und die Aufforderung zur Teilnahme an solchen Körperschaften wird — mit dem Tode bestraft. Wo die Nazis zur Macht kommen, dort gedanken sie jedes Verlangen nach Gleichberechtigung mit dem Verschleihen oder Aufhängen zu unterdrücken, sie sind also gewiß überall dort, wo sie noch nicht an der Macht sind oder nicht an sie gelangen können, die einzig würdigen und erfolgverheißenden Kämpfer für die Gleich berechtigung!

Das Programm des Fünf-Monatsplanes trägt auf die Frage des Nationalsozialismus noch viel solcher Schminke auf, um ihn unkenntlich zu machen. Daß dies den Nazis, auch wenn sie noch so viel mit den goldigsten Ver heißungen um sich schmeißen, nicht gelingen soll, dafür wird schon noch gesorgt werden. Die Nazis glauben, es bei allen Parteien so leicht zu haben wie bei der an Marxismus dahinsie renden Deutschen Nationalpartei, die zur Zeit unter viel Gestank verendet und nach der die Nazis die Erbschaft antreten. An dem tausendmal totesagten „Marxismus“ werden sie trotz noch so vieler „weigen Wachen“ auf Granit beißen!

Böhmische Landesvertretung.

54 Punkte der Tagesordnung in einer Sitzung erledigt

Prag, 15. Dezember. Heute trat die böhmische Landesvertretung zu einer Session zusammen, in welche bereits am morgigen Tage beendigt sein wird, da sich die reichhaltige Tagesordnung zum größeren Teile auf Dinge untergeordneter Bedeutung bezieht.

Eröffnet wurde die Sitzung vom Landespräsidenten Kubat, der einen Bericht über die wachsende Arbeitslosigkeit in Böhmen gab, der den Behörden die Pflicht auferlegte, alle beschlossenen Investitionsarbeiten rasch durchzuführen. Aus den Verhandlungen wollen wir hervorheben einen Bericht des Landesauschusses zum Antrage des Genossen Sala auf Berichterstattung über die

Verteilung der Unterstüngen an die durch Elementar Katastrophen Geschädigten

durch den Landeskulturrat. Genosse Sala hatte nämlich verlangt, der Landeskulturrat solle den Rechnungsabluß über den betreffenden Fonds der Landesvertretung vorlegen. Dazu ist aber, wie aus dem Bericht des Landesauschusses hervorgeht, der Landeskulturrat gefehlich nicht verpflichtet. Genosse Sala, der zu diesem Berichte das Wort ergriff, wies darauf hin, daß es sich hier um einen Millionenfonds handle, der aus öffentlichen Mitteln gespeist wird. Die Öffentlichkeit habe somit ein Recht zu wissen, wie die Gelder aus diesem Fonds verteilt werden. Der Redner stellte daher den Antrag, die betreffenden Regierungsverordnungen aus dem Jahre 1928 so zu novellieren, daß dem Landeskulturrat die Pflicht auferlegt wird, der Landesvertretung den Rechnungsabluß über den Elementar katastrophensfonds vorzulegen. Dieser Antrag wurde auch angenommen.

Eine Debatte rief auch ein Bericht des Landesauschusses über den Standpunkt des Ministeriums des Innern zu einem Beschlusse der Landesvertretung vom 4. März 1930 hervor. Die Landesvertretung hatte nämlich damals eine Ergänzung der Geschäftsordnungen für die Bezirksvertretungen verlangt, wonach in diesen

als Referenten in der Regel Mitglieder der Bezirksvertretung und nicht Beamte

austreten sollen und wonach die Bezirke auch Mitglieder von Verbänden wie des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper oder des Verbandes der tschechischen Bezirke und Städte werden können. Das Innenministerium hatte diesen Beschlusse als dem Organisationsgesetz widersprechend bezeichnet und der Landesauschuss beantragte daher die Rechtskommission des Landes sie möge die Angelegenheit noch einmal überprüfen. Dagegen beantragte der tschechische Sozialdemokrat Dr. Langr, die Landesvertretung möge die Sache nicht der Rechtskommission überweisen, sondern auf ihrem ursprünglichen Standpunkt einfach beharren. Dieser Antrag wurde auch angenommen.

Hervorgehoben sei auch die Verhandlung über einen Antrag der deutschen Sozialdemokraten, wonach den Bezirken empfohlen wird, in den

Ziechenhäusern

eigene Zimmer für jene Personen einzurichten, die bettlägerig sind und ärztliche Behandlung brauchen sowie für diese Pflegeeinrichtungen geschultes Personal anzustellen. Der Antrag wurde angenommen und die Landesbehörde ermächtigt, den Erhaltern von Ziechenhäusern (Bezirken und Gemeinden) die diesbezüglichen Weisungen zu erteilen.

Erneuert Pölzl hatte einen Antrag betreffend die Vermehrung der Landesanstalten für Geisteskranken

gestellt, wozu ein Bericht des Landesauschusses vorlag, daß sobald die Landesfinanzen den Bau neuer Anstalten für Geisteskranken erlauben werden, der Landesauschuss auf jene Gebiete, die jetzt von der zuständigen Anstalt weit entfernt sind, entsprechende Rücksicht nehmen wird.

Die Landesvertretung behandelte auch eine Reihe von Schulfragen. So hatten die deutschen Sozialdemokraten der Antrag auf

Wiedereinführung der Bezirks- und Landeslehrerkonferenzen

gestellt. Auch dieser Antrag wird verwirklicht werden. Es werden in Zukunft, nachdem der Landeskulturrat bereits zugestimmt hat, Bezirkskonferenzen der Lehrer jährlich, Landeskonferenzen jede sechs Jahre stattfinden. Die Regierung wird um die Herausgabe einer diesbezüglichen Verordnung ersucht. Ein zweiter Antrag der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten geht dahin, die

Entlohnung der Lehrer für überzählige Stunden und für den Unterricht unobligater Gegenstände zu erhöhen.

Dazu sprach Genosse Jilner. Er begründete diesen Antrag, verwies auf die schlechte Bezahlung dieser Unterrichtsgegenstände, und machte auf den Verfall unseres Bürgerschulwesens aufmerksam. Die Statistik über unser Bürgerschulwesen zeigt, daß die Zahl der geprüften Lehrkräfte an Bürgerschulen beständig abnimmt und daß die freigebliebenen Stellen infolge Mangels an geeigneten Kräften unbesetzt bleiben. Alles eine Folge der schlechten Bezahlung und Ueberbürdung der Nachlehrer. Genau dasselbe Bild zeigt sich bei der Erteilung des Unterrichts der unobligaten Lehrgegenstände (Deutsch und Tschechisch). Ueber Antrag des Gen. Jilner wird der Bericht des L.A. über die Bezahlung der unobligaten und überzähligen Stunden zurückgezogen und dem L.A. zur nochmaligen Beratung zurückverwiesen.

Damals wurde ein Antrag der deutschen Sozialdemokraten betreffend

die Deckung des Personalanwandes für die Nachlehrer in den vierten Bürgerschulklassen

behandelt. Es wurde beschlossen, die Nationalversammlung zu ersuchen, möglichst bald ein Gesetz herauszugeben, mit welchem die sogenannten vierten Jahrgänge bei Bürgerschulen als Bestandteil dieser Schulen auch bezüglich des Aufwandes erfüllt werden. Deswegen wurde ein Antrag der deutschen Sozialdemokraten angenommen, betreffend die Bezahlung des Substitutionsaufwandes für diejenigen Lehrer, welche sich durch Hochschulstudium für die Prüfung für Bürgerschulen vorbereiten. Die Annahme dieses Antrages, wonach in berufsständischen Fällen ein einzelner besoldeter Urlaub erteilt werden kann, bedeutet besonders für die jüngere Lehrerschaft einen großen Erfolg. Nicht angenommen wurde dagegen ein Antrag der deutschen Sozialdemokraten auf Verteilung der Unterstüngen für die Provinztheater nach der Nationalität. Die Mehrheit des Landesauschusses glaubte auf den § 106 der Verfassungsurkunde hinweisen zu müssen, daß alle Dotationen nach dem Grade der Dringlichkeit ohne Rücksicht auf die Sprache, Konfession und Nation verteilt werden müssen.

Ein Antrag der tschechischen Sozialdemokraten hatte verlangt, daß die Preise der Arzneimittel nicht erhöht werden. Der Landesauschuss ist diesbezüglich beim Ministerium für Gesundheitswesen eingeschritten, worauf dieses Ministerium bekanntgab, daß der Fortschritt bereits durch den neuen Arzneimitteltarif vom 14. März 1931 entsprochen worden ist.

In früheren Sitzungen der Landesvertretung wurde bereits die Errichtung einer Heilanstalt für Lungenkranke verlangt. Einem Bericht des Landesauschusses an die Landesvertretung ist nun zu entnehmen, daß das Ministerium für Gesundheitswesen sich bereit erklärt, eine solche Anstalt durch Subventionen zu unterstützen.

Dr. Tolpe's Rache.

Roman von A. Aitschul

Tolpe erschien im Türrahmen. Die Schüler erhoben sich grüßend von ihren Plätzen. Tolpe erwidert den Gruß nicht. Schnell schreitet er zum Katheder. „Sehen“, befiehlt er. Die Schüler setzen sich. Es ist totenstill. Man hätte eine Stenodel fallen hören. Tolpe genießt einen Augenblick die Spannung und Jurcht, die seine Anwesenheit hervorruft. Seine Näheren blähen sich die Weste scheint die Stolz geschwellte Brust kaum fassen zu können. Er räuspert sich. „Geyer, Horn, Bäder und Manzberg hierher!“ dröhnt Tolpe's Stimme durch die Klasse. „Rein, hier stellen Sie sich auf.“ Er weist jedem einen Platz an. „Neben Sie nicht, Geyer? Hier sollen Sie stehen.“ — Und stehen Sie gerade, wenn Ihr Vorgesetzter mit Ihnen spricht.“ In den Bänken bemüht jemand das Taschentuch. Tolpe ist ungedulden über diese treche Stimmung. „Trüden Sie Ihre Hirne gefälligst etwas geräudlicher aus.“ brüllt er zur Klasse gewendet, erinnert sich dann aber, daß sein Hiersein diesmal anderen höheren Zwecken dient und identt seine Aufmerksamkeit wieder den vier vor ihm stehenden Jüngern. „An der gestrigen huttagefundenen Semesterkonferenz“, begann Tolpe die Urteilsverfändung aus dem bisher aus unbestimmten Gründen gegen die vier Schüler geführten Prozeß. „wurden schwere Klagen über diese Klasse geführt. — Nach reichlicher Ueberlegung hat das Professorenkollegium“ — Tolpe abrauchte immer dieses Pseudonym — „beschlossen, die beiden Schüler

Gorn und Geyer aus der Anstalt auszuschließen, da ihr weiterer Verbleib in dieser Anstalt die Sittlichkeit der übrigen Schüler gefährdet.“ Geyer, erinnern Sie sich an Ihr Delikt, in der Freistunde Saraphon gespielt zu haben! Hui, schämen Sie sich, ein Instrument, das nur Vergnügen verbreitet, überhaupt in die Hand zu nehmen. Noch einmal: schämen Sie sich! — Und Sie, Horn, erinnern Sie sich an Ihre Aneuerung dem Herrn Professor Peterka gegenüber: Regen Sie sich nicht auf, Herr Professor! Es ist das die größte Verleumdung der Subordination. Außerdem sind Ihre Absenzen in Französisch auch ein verderbendes Beispiel für Ihre Mitschüler. — Sie pöden beide sofort Ihre Sachen und gehen weg. Hier ist kein Platz für Sie. — Manzberg und Bäder, über Sie wurde eine zweiwöchige Karzerstrafe wegen Ihrer niederträchtigen deutschen Schularbeiten verhängt. — Alles Nähere wird Ihnen Herr Professor Neber mitteilen.“

Diese jede weitere Erklärung verließ Tolpe die Klasse

Neber schwieg. Jetzt wußte die Klasse das Ergebnis der gestrigen Konferenz. Gorn und Geyer sind ausgeschlossen worden. Einige Monate vor der Matura. Ein kleines Stückchen vor dem Ziel wurden sie disqualifiziert.

All das ist so einfach vor sich gegangen, als ob nichts geschehen wäre. Tolpe ist in die Klasse gekommen, hat selbstbefriedigt das Urteil verkündet, ist wieder gegangen. Weiter ist nichts geschehen. Die letzte Klasse wird zwei Schüler weniger beherbergen, das ist alles. Es wird weiter unterrichtet, weiter bestrast werden, Tolpe wird wieder mit dem Glorioskeln seiner bleibenden Würde umherstreifen, mit gleicher Gleichgültigkeit inwändliche Hoffnungen vernichten, kurz, alles wird beim alten bleiben.

Langsam wich der Pann von der Klasse. Hier und dort wurde etwas geklüffelt, die Erhellung machte einer ohnmächtigen Wut Raum.

Geyer hatte sich früher gefügt. Gorn dagegen stand noch immer wie versteinert da, unfähig das Geschehene zu erfassen.

Er bot einen fürchterlichen Anblick. Die Augen weit aufgerissen, in eine unendliche Ferne starrend, die Hände krampfhaft zu Fäusten geballt, das Gesicht in maßlosem Schrecken zur Unkenntlichkeit verzerrt — ein Mensch, dem toben kein Todesurteil verstanden wurde.

Blötzlich kam Leben in ihn. Die Wangen färbten sich wieder, wurden immer dunkler, der allgemeine Krampf löste sich. Er wandte sich um tief zu seiner Bank, stopfte die paar Bücher und Hefte hastig in die Tasche und wollte zur Tür hinaus.

Neber stellte sich ihm in den Weg.

„Beruhigen Sie sich doch, Gorn“, sprach er begütigend auf ihn ein, „es ist doch nicht das Ärgste. Sie werden auch so Ihren Weg machen, werden es auch ohne Matura zu etwas bringen. Wo wollen Sie denn jetzt hin? Diese Stunde können Sie doch noch hierbleiben. Geben Sie mir auf Ihren Platz und beruhigen Sie sich ein wenig.“

Gorn murmelte etwas Unverständliches vor sich hin, wie geistesabwesend den Kopf schüttelnd. Dann begab er sich in die letzte Bank.

Nach dem Läuten rief Neber Gorn und Geyer zu sich. Geyer war der Ruhigere. Er beschäftigte sich im Augenblick ausschließlich damit, wie er Tolpe diesen Streich heimzahlen könnte. Für etwas anderes interessierte er sich nicht. Bei Gorn fand die Sache anders. Er machte noch immer einen so verzweifelten Eindruck, daß Neber schnell entschlossen seinen Mantel nahm und Gorn noch Hause begleitete. Er war überzeugt, daß der Junge jetzt zu jeder Dummheit fähig war.

Sie verließen gemeinsam das Schulgebäude. Auf der Straße sprachen sie wenig. Nur Neber verhielte noch einige Verabredungen zu sagen. Endlich war Gorn zu Hause. Neber begleitete ihn bis ins vierte Stockwerk.

Dann ging er wieder zurück — in die Schule.

IX.

Neber hatte die Semesterzeugnisse kaum verteilt, als er schnell die Klasse verließ. Die in ohnmächtiger Wut auf die sauber beschriebenen Papiere starrenden Augen der Schüler sahen ihm weg. Er wollte nicht dabei sein, weil er die haherfüllten Blide nur zu gut verleben konnte und nicht sagen durfte, was er dachte. Er sah das Massenmorden, dieses Jermalmen allen natürlichen Stolzes des Individuums, die Vernichtung der Persönlichkeit und er war machtlos dagegen.

Junge Menschen standen da vor ihm, Menschen, die stark in die Zukunft blicken sollten, deren Kraft jedoch jetzt gebrochen schien.

Der Fortgang der Klasse war nicht schlecht, den konnte selbst Tolpe nicht beanstünden, dafür aber prangte etwas anderes an der Spitze der Notizen, etwas, das bisher kaum beachtet worden ist, heute aber lähmend wirkte. Zwei Wörtern waren es, deren Bedeutung den Kindern nie zu Bewußtsein gekommen war, bei den sich auf das Leben vorbereitenden Menschen aber helle Empörung hervorrief. „Sittliches Betrogen“ stand an erster Stelle und daneben in vielen Fällen „minder entprechend“. Wer machte sich da das Recht an, das sittliche Betrogen beinahe Zwanzigjähriger als minder entprechend hinzustellen? Wer hat denn eine ehrenrührige Handlung begangen, die solche Ausdrücke rechtfertigen würde? Da lagen gestempelte Papiere auf den Bänken, deren eigenmächtige Abänderung als Urkundenfälschung angesehen und bestrast wird und auf denen amtlich bestätigt ist, daß das sittliche Betrogen des Schülers I. minder entprechend sei. Mit anderen Worten, daß er sich moralische Delikte hat zuschulden kommen lassen und daß er deshalb minderwertig ist.

(Fortsetzung folgt.)

Eine politische Schiebung Briands?

Frankreich schließt sich an Japan an
Kanton China soll zahlen!

New York, 15. Dezember. Associated Press verbreitet folgende Ausführungen des Washingtoner „Evening Star“: Die aus Kanton eingetroffenen Nachrichten werfen ein durchaus neues Licht auf die Lage in China. Diese Nachrichten sind indessen für wohlinformierte Kreise in Washington keine Ueberraschung, sondern bestätigen nur die Meldung über eine französisch-japanische Verständigung, die darauf hinausgeht, Frankreich den Besitz einer chinesischen Provinz zuzusichern. Offenbar hält man in Frankreich den Augenblick für gekommen, sich an Ziel; des britischen Imperiums als Weltmacht zu etablieren. Die Franzosen glauben, daß sie neben ihrer mächtigen Armee und einem Goldbesitz, der größer als der jeder anderen Nation ist, die Vereinigten Staaten ausgenommen, auch ein entsprechendes Kolonialreich benötigen.

General Schill Opfer eines Verbrechens?

Wien, 15. Dezember. Der Budapest-Berichterstatter der „Arbeiterzeitung“ meldet: In Budapest ist jedermann davon überzeugt, daß wegen Beteiligung an der aufgedeckten Verschwörung verhaftete frühere Chef der Gendarmerie, General Schill, dessen Selbstmord durch Erhängen Ausschluß erzeugt hatte, in Wahrheit gar nicht Selbstmord erlitten hat, sondern einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. General Schill als oberster Leiter der Gendarmerie wußte jubelnd über die Verbindungen des Ministers Gömbös und über den geheimen Militarismus.

Deutschlands Finanznot.

Berlin, 15. Dezember. Wie der Gewerkschafts-Präsidenten erklärt, haben der Reichs- und der preussische Finanzminister angeordnet, daß die zweite Hälfte der Dezemberbezüge am 22. Dezember ausgezahlt wird. Eine frühere Auszahlung sei leider in Anbetracht der Kassenlage nicht möglich. Die Gehälter der Reichs- und Staatsangestellten werden auf Grund der Notverordnung vom 18. Juli nach wie vor in zwei bis drei Raten gezahlt.

Bankrotts in U.S.A.

Boston (Staat Massachusetts, Nordamerika), 15. Dezember. (Reuters). Die Bank Bancroft Trust Company hat gestern infolge der Vereinigung mit der Federal National Bank, die sich in durch überstürzte Einlagenabhebungen verursachten Schwierigkeiten befand, ihre Kassenhälter geschlossen. Auch die Middlesex National Bank in der Stadt Lowell, die einen Einlagenstand von vier Millionen Dollars aufweist und eine Zweigstelle der Federal National Bank hat gleichfalls ihre Schalter schließen müssen.

Um das Neujahresgeld der Umgestellten in den Krankenversicherungsanstalten.

Das Finanzministerium hat die Zentralsozialversicherungsanstalt aufmerksam gemacht für die Angelegenheit der Krankenversicherungsanstalten die Frage der Anwendung des Gesetzes Nr. 176/1931 (Kürzung der Weihnachtszulage der Staatsangestellten) zu prüfen. Die Zentralsozialversicherungsanstalt hat darauf die Vertreter der Organisationen der Krankenversicherungsanstalten ein und legte ihnen diese Angelegenheit zur Aenderung vor. Die Organisationsvertreter erklärten, daß sie die Frage der Erhaltung der Organisationsangelegenheiten unterbreiten werden. Diese Beratungen fanden nun am 8. Dezember in Potsdam statt, und zwar tagten vormittags die einzelnen Verbände getrennt, nachmittags fand die gemeinsame Beratung aller drei Organisationsparteien statt. In der Konferenz der Vertreter des Bundes der öffentlichen Angestellten wurde eine Entscheidung gefaßt, in der jede Kürzung der Weihnachtszulage abgelehnt wurde, weil das Neujahresgeld nach Artikel 7 der Kollektivverträge ein Bestandteil des Gehaltes ist. Jeder Abbau der Weihnachtszulage wäre ein Vertragsbruch. Im Nachmittags fand dann die gemeinsame Sitzung statt, in der ein Redaktionskomitee eingesetzt wurde, das am 9. Dezember in Prag tagte. Das Ergebnis der Beratungen war eine Eintracht, die der Zentralsozialversicherungsanstalt überreicht wurde.

Der Unterverband Nordböhmens des Reichsverbandes Deutscher Krankenkassen hat durch seinen Verbandsobmann Gen. Gömüller am 9. Dezember ein Handzettel an die ihm angehörenden Kassen herausgegeben, worin die Auffassung zum Ausdruck kommt, daß das Neujahresgeld unantastbar ist wie dies im Kollektivvertrag festgelegt ist. Sollte in irgend einer Krankenkasse die Auszahlung des Neujahresgeldes verweigert werden, so ist sofort die Nachgruppenleitung der Sozialversicherungsanstalten im Verbände der öffentlichen Angestellten Reichsverband, Mühlfeldstraße, zu verständigen.

Die Grundzüge des Mieterschutzprovisoriums.

Prag, 15. Dezember. Auch heute fanden die Beratungen des Wohnungsausschusses der Koalitionsparteien über das Mieterschutzprovisorium im Mittelpunkt des parlamentarischen Interesses. Die Vorarbeiten, haben die Beratungen zu einer Annäherung geführt; doch findet morgen früh noch eine weitere Sitzung des Ausschusses statt, worauf die Materie den Wirtschaftsministern zur endgültigen Feststellung abgetreten werden soll. Aus den umlaufenden Gerüchten über den Inhalt der Vorlage geht hervor, daß den sozialistischen Parteien der Schutz der sozial schwachen Mieter restlos gelungen ist.

Die agrarischen Hausbesitzervertreter dürfen ihre Abänderungswünsche lediglich auf

Kosten der Mieter mit einem Einkommen von mehr als 15.000 Kronen durchsetzen; diese sollen ebenso wie die Besitzer von Häusern und Mehrfamilienwohnungen vom Mieterschutz ausgenommen werden, doch ist auch hier noch eine einjährige Kündigungsfrist für Wohnungen, die teilweise als Betriebsstätten benützt werden (Kontakantennen usw.) vorgesehen. Weiters sollen vom Mieterschutz ausgenommen werden die Betriebsräume von Kommandit- und Aktiengesellschaften sowie von Gesellschaften m. b. H. und die wenigen Häuser, die Eigentum der vom Staate verwalteten Fonds sind.

Diese Änderungen sind jedoch noch keineswegs als endgültig zu betrachten.

Agrardebate in der Kammer.

In der Kammer Sitzung wurde die Debatte über die Staatshilfe bei Elementar-Katastrophen beendet. Der Vertreter

Genosse Leibl

den Standpunkt unserer Kleinbauern, wobei er namentlich die agrarische Produktionswirtschaft selbst auf diesem Gebiete scharf angriff und erneut die Demokratisierung der Landwirtschaft forderte.

Genosse Leibl erklärte, daß der in Aussicht genommene Beitrag auch nicht im entferntesten hinreichend, um die Elementarschäden zu decken; immerhin kann damit ein Teil der größten Not gelindert werden, wenn wirklich nur die Bedürftigsten unterstützt werden. Direkt in ihrer Existenz gefährdet sind in erster Linie die Landwirte in den höheren Gebirgslagen, wo die Ernte durch das kalte Augustwetter sehr stark gelitten hat; oft bestand sie dort in einem Häufchen verfaulten Stroh. Schon im vorigen Winter gab es in den Gebirgsgegenden viele Familien, die sich nur von Brot und Kartoffeln nähren mußten;

wie wird erst der heurige Winter werden?

Die Kartoffelernte ist in diesen rauhen Gegenden zum Teil verfault, das Getreide reicht höchstens bis Heber oder März, der Steuerfaktor ist immer häufiger Gast. Wird der große Viehstand wirklich zu Spundpreisen veräußert, so ist die Existenz der Familie für immer ruiniert.

Ich kann nicht genug darauf hinweisen, daß dieser Katastrophenschutz, diese fleißigen Gebirgsbauern, vor der größten Not geschützt werden müssen. Das liegt vor allem im Interesse des Staates selbst.

Wenn man nur die Hälfte des durch das vorliegende Gesetz bewilligten Betrages den Ärmsten und am meisten betroffenen Landgemeinden für produktive Arbeitslosenunterstützung zuweisen und für Wege- und Straßenbauten verwenden würde, so wäre dies die beste Verwendungsart, weil dadurch viele Verdienstmöglichkeiten geschaffen würden; allerdings müßte der ausgetroffene Betrag mindestens eine halbe Milliarde ausmachen. Die Mittel wären durch strenge Steuerereinzahlung bei jenen reichen Steuerpflichtigen auszubringen, die nur aus Berechnung nicht zahlen wollen.

Genosse Leibl macht weiters darauf aufmerksam, daß es dringend notwendig ist, einen entsprechenden Beitrag für die Beschaffung von Saatgut für die Notstandsgebiete zu reservieren. Der Kleinlandwirt lehnt es aber ab, sich das Saatgut von den agrarischen Lagerhäusern liefern zu lassen, sondern will es sich selbst beschaffen, wie er es für seine Felder gerade braucht.

Als Redner hat er gerade die Kleinbauern zu den Schadensfeststellungskommisionen kein Vertrauen haben können, weil durchwegs Großbauern und politische Gegner der Kleinlandwirte drinnen sitzen, leidet sich Herr Dr. Stern eine Reihe von Zwischenrufen, die der Ausgangspunkt zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Sozialdemokraten und Kommunisten bilden. Inmitten des Lärmes stellte Genosse Leibl fest, daß die Kommunisten bei früheren Notstandsaktionen brauchen für die kleinen Landwirte gar nichts geleistet haben, sondern nur die Leute ausgebeutet haben, um sie dann sitzen zu lassen.

Er setzte sich dann für eine Verlängerung des Anmeldezeitraums für Elementarschäden bis 15. Jänner ein und kommt dann auf die Tätigkeit der agrarischen Genossenschaften zu sprechen die hauptsächlich großagrarische Interessen vertritt.

Einem Steuermoratorium, wie die Agrarier es vorschlagen, können wir nicht zustimmen, weil dabei sicher wieder die Kleinlandwirte draufzahlen würden. Die Großbauern würden wie bisher Steuerabreibungen erhalten, die kleinen Landwirte aber würden nach Ablauf des Steuermoratoriums weiter gepfändet werden.

Dagegen verlangen wir für die wirklich sozial Schwachen Steuerabreibungen und gänzlichen Steuerzuschlag.

Katastrophal ist namentlich auch die Lage der Kleinlandwirte im Dopfelgebiet, die zum größten Teil bloß Böhmer sind und daher durch den Sturz der Dopfelenergie besonders schwer getroffen werden. Während der Nacht noch immer unerhörte hoch im 1000 Kronen pro Stück. Genosse Leibl bringt ein persönliches Beispiel so eines kleinen Böhmers zur Verlesung und appelliert an die Regierung, diese Leute nicht nur aus dem Leben zu lassen, sondern ihre Notlage auf kürzestem Wege zu lindern zu lassen und Steuerabreibungen zu bewilligen. Es handelt sich ja um keine großen Summen.

Ein Unberechtigter handgreiflich ist auch die Verweigerung der Unterstützung für Wehl, die wir den Agrariern und ihren Landeslandwirten zu verdanken haben. Die Bauern, die das Getreide mit eigenem Gespann zur Mühle schaffen können, sind von der Umfassung befreit, die Kleinlandwirte, die mit ihren Kühen im Winter nicht selbst zur Mühle fahren können, müssen Fuhrlohn und noch dazu die Umfasssteuer bezahlen. Das Finanzministerium will daran nichts ändern, sondern beruft sich darauf, daß die Landeslandwirte nachdrücklich für die Beibehaltung des Umfasssteuerzuschlages eintreten, das derartige Ungerechtigkeiten möglich macht. Genosse Leibl verlangt daher auf das entschiedenste eine demokratische Wahlordnung in die Landeslandwirte, Kleinpächter und Häusler aufhören wird (Weißell).

zu verdanken haben. Die Bauern, die das Getreide mit eigenem Gespann zur Mühle schaffen können, sind von der Umfassung befreit, die Kleinlandwirte, die mit ihren Kühen im Winter nicht selbst zur Mühle fahren können, müssen Fuhrlohn und noch dazu die Umfasssteuer bezahlen. Das Finanzministerium will daran nichts ändern, sondern beruft sich darauf, daß die Landeslandwirte nachdrücklich für die Beibehaltung des Umfasssteuerzuschlages eintreten, das derartige Ungerechtigkeiten möglich macht. Genosse Leibl verlangt daher auf das entschiedenste eine demokratische Wahlordnung in die Landeslandwirte, Kleinpächter und Häusler aufhören wird (Weißell).

Demonstrationsverbot in Pöchlarn.

Die Kommunisten hatten schon gestern gegen das Verbot einer für Mittwoch in Königgrätz geplanten Protestversammlung, die sich gegen arge Mißstände in der dortigen Krankenkasse richten sollte, lebhaft protestiert. Heute steigerten sie ihre Proteste, als der Innenminister sich vor einer Deputation angeblich verbeugte. Dabei suchten sie sich aber während der Rede des Genossen Leibl wieder eine vollkommen falsche Adresse aus, nämlich unsere in den Banken nebenan sitzenden Genossen, denen sie vorwarfen, daß sie für morgen „ein zweites Freiwalddau“ vorbereiten. Es kam ob dieser gemeinen Verdächtigung zu einer schweren Auseinandersetzung über das Thema Freiwalddau, wobei namentlich dem Herrn Sadek die ganze Heißigkeit seiner Handlungsweise erneut ins Gesicht gerufen wurde. Bisepresident Stibin war dem Herrn gegenüber maßlos; die Worte des Redners waren geraume Zeit überhaupt nicht zu verstehen.

Wir brauchen überdies wohl nicht besonders zu versichern, daß wir mit dem neuerlichen Demonstrationsverbot in Königgrätz wie mit so vielen anderen Verfügungen des Innenministers und der ihm unterstellten Behörden absolut nicht einverstanden sind, sondern diesen vorwärtigen Kurs, der angesichts der verbitterten Stimmung der verletzten Arbeitermassen doppelte Gefährlichkeit ist, mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften bekämpfen werden. Die Verantwortung für alles Kommende fällt ausschließlich auf den Innenminister und jene Parteien, die ihn in seinem Kurs nur noch bestärken!

Bemerkenswert aus der weiteren Debatte war vor allem nach die einschneidende Stellungnahme des Landwirtschaftsministeren gegen die agrarischen Wünsche hinsichtlich einer öffentlichen Elementarschadensversicherung. Er lagte den Agrariern direkt ins Gesicht, daß die neue Versicherung wieder nur vorwiegend großagrarischen Interessen dienen würde und daß von einer Garantie für eine wirtschaftliche und unparteiliche Führung der Geschäfte keine Rede wäre.

Der Referent Dubický (Agrarier) gab daraufhin im Schlußwort sogar zu, daß in den Landeslandwirten nicht alles in Ordnung sei; aber niemand habe angeblich etwas dagegen, daß darin alle Gruppen der landwirtschaftlichen Produktion vertreten seien. Eine Verhinderung der alten Wahlordnung scheint also auch Herrn Dubický nicht mehr möglich zu sein, aber „politisiert“ sollen die Landeslandwirte nicht werden. — Das haben ja gerade die Agrarier schon restlos in ihrem Parteinteresse getan!

Kommunistische Arbeitslosenfürsorge auf dem Papier

In der Abstimmung wurden die Bauförderungsanstalten und die Staatshilfe bei Elementar-Katastrophen in erster Lesung angenommen. Die Kommunisten nutzten dabei die Geschäftsordnung nach Möglichkeit aus, um ihre rein demagogischen Reden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Hilfeleistung für die Arbeitslosen richtig zur Geltung zu bringen. Wahrscheinlich werden morgen alle kommunistischen Blätter davon voll sein, wie ihre Leute den Arbeitslosen helfen wollen. Dabei besteht diese Hilfe in nichts anderem als im Vollschreiben einiger Papierschätze mit Anträgen, um deren Durchführbarkeit, bezw. Durchführung sie sich einen Teufel scheren. Die Jüden, den „Sozialisten“ nach Kräften Annehmlichkeiten zu bereiten und sie zu „entlarven“, wird ihnen nicht gelingen. Demzufolge wissen gerade die Arbeitslosen den Unterschied zwischen der demagogischen Phantasie der Kommunisten und der realistischen aufopfernden Arbeit der Sozialdemokraten

Die Wählerlisten sind an gelegt!

Vom 15. bis 22. Dezember sind in allen Gemeinden die Wählerlisten aufgelegt, in die jeder Einblick nehmen und sich so überzeugen kann, ob er ordnungsgemäß eingetragen ist oder ob irgend jemand in der Wählerliste unrichtigerweise verzeichnet ist. Es ist Pflicht aller Wähler nachzuschauen und niemand darf sich darauf verlassen, daß er auch in der jetzigen Wählerliste eingetragen ist, weil er in der früheren Wählerliste eingetragen war. Insbesondere diejenigen Männer und Frauen, welche das 21. Lebensjahr erreicht haben, müssen in der Wählerlisten Nachschau halten.

Wer nicht in der Wählerliste eingetragen ist, hat im nächsten Halbjahr kein Wahlrecht!

im Dienst der Fürsorge für die Opfer der Krise wohl zu unterscheiden!

Die nächste Sitzung findet morgen Mittwoch um halb 10 Uhr früh statt. Tagesordnung: Verschiedene Senatsbeschlüsse und die Suspendierung des Protokolls sowie die Händlungsener. Die weiteren Dispositionen für die nächsten Tage werden erst morgen früh in einer Präsidial Sitzung getroffen werden.

Verlängerung des Elektrifizierungsparagrafen.

Im Parlament wurde heute eine weitere Regierungsvorlage eingebracht, nach der die Frist zur Bezeichnung jener Elektrizitätsunternehmen, die nach dem § 28 des Gesetzes vom Jahre 1920 über die systematische Elektrifizierung in gemeinnützigere umgewandelt werden sollen, um ein weiteres Jahr bis Ende 1932 verlängert wird.

Wie noch erinnert, gab es heuer vor den Sommerferien im nationalen Blätterwald eine riesige Aufregung, daß die deutsche Sozialdemokratie die „Elektrifizierung“ der nordböhmischen Elektrizitätswerke, die nach dem zitierten Gesetz als gemeinnützig erklärt werden sollen, ihre Zustimmung gedenken. Wir haben schon seinerzeit diese Kampagne gefürchtet und ausgemerkelt, daß unsere Partei zwar die Interessen der beteiligten deutschen Arbeiter in diesen Werken nachdrücklich schützen, andererseits aber sich keinesfalls dazu hergeben wird, die Profitinteressen der meist ausländischen Kapitalisten zu schützen, die von der Umwandlung betroffen würden, und daß der Ausweg unsererseits in der Richtung gesucht wird, daß Verbände der Selbstverwaltungskörper des betreffenden Stromversorgungsgebietes die in gemeinnützig umgestalteten Werke übernehmen. Auf diese Weise würde der Arbeitsplatz der dort beschäftigten deutschen Arbeiter am besten garantiert, ohne daß den Profitinteressen der Kapitalistengruppe, der die R. E. W. gehören, Vorbehalt geleistet würde. Diese Lösung erfordert natürlich Zeit und so soll jetzt, wie schon öfters, der betreffende Ermächtigungsparagraf neuerdings verlängert werden.

Wie wir erfahren, wurden zwischen den beteiligten Industriellen und der Regierung Verhandlungen geführt, die an den maßlosen Forderungen der Kapitalistengruppe scheiterten. Die Nichtverlängerung des § 28 würde bedeuten, daß die Besitzer der R. E. W. in ihren Ansprüchen völlig gesichert wären und in der Ausbeutung ganzer Gebirgsgegenden, denen sie den Strom liefern, ungehindert fortschreiten könnten; diese Lösung kam nicht in Frage. Man wird daher lieber zur weiteren Verlängerung des Ermächtigungsparagrafen greifen, um die Festsetzung der als gemeinnützig zu bezeichnenden Elektrizitätswerke vorläufig noch hinauszuschieben zu können. Die Unternehmer werden dann vielleicht doch einsehen, daß die Sache ernst wird, und werden ihre maßlosen Forderungen ein wenig herunterbrauen!

Die deutsche Sozialdemokratie wird in dieser Angelegenheit die Interessen der beteiligten deutschen Arbeiter nachdrücklich zu schützen wissen; sie wird sich andererseits auch durch die verlogene nationalsozialistische Propaganda, die gewisse Kreise injizieren, nicht zum Vorspannen für hundertprozentige Unternehmerrinteressen zwingen lassen. Wo bleiben denn diese Unternehmer sonst, wenn der deutsche Arbeiter derzeit in Not ist, wie denn in dieser schwersten Krisenzeit?

Auswahldifferenzen.

Im landwirtschaftlichen Ausschuss erstattete Minister Prada ein ausführliches Referat über die Krise der Viehproduktion und über die Wirtschaftskrise überhaupt. Der Bericht wird den Ausschussmitgliedern schriftlich zugestellt und veröffentlicht werden, worauf der Ausschuss eine Debatte darüber abführen wird.

In diesem Ausschuss brachten die Agrarier zwei Resolutionen durch, von denen die eine die gezielte Festlegung des Vermählungszwanges („bevorzugte Auswählung“) von heimischem Weizen und Roggen fordert, während die zweite verlangt, daß der Detailverkauf von Wehl und Gebäck, die Stärke und Kartoffelmehl bis zu drei Prozent enthalten, von der Deklaration befreit werde. Im Ernährungsausschuss, der unter Vorsitz Hackenbergs tagte, wurde die erste Resolution ebenfalls angenommen, die zweite eine allgemeine Streckung des Wehls durch Kartoffel- und Stärkemehl zur Folge hätte, jedoch abgelehnt.

Tagesneuigkeiten

Bereinigung für Geisteshygiene.

Prag, 15. Dezember. Heute vormittag fand im Sitzungssaal des Ministeriums für Gesundheitswesen und Körpererziehung die erste Sitzung der „Bereinigung für Geisteshygiene“ statt. Die Eröffnungswort hielt der Minister für Gesundheitswesen und Körpererziehung, Universitätsprofessor Dr. Spina in tschechischer und deutscher Sprache. Der Minister gedachte einleitend der Anfänge der Fürsorge um die Geisteskranken. Noch weit in das vorige Jahrhundert hinein wurden gewalttätige Einschränkungshilfsmassnahmen bei der Behandlung von Geisteskranken in Anwendung gebracht. Im Laufe der Zeit vertiefte sich dann die Pflege der Geisteskranken, es wurden auch Versuche mit neuen Methoden unternommen, das Pflegepersonal wurde geschult und die Anstalten vergrößert, bis man zu dem heutigen Stand der Geisteskrankenfürsorge und -pflege kam. Im Jahre 1919 wurden bereits die ersten Grundzüge zu einer großen internationalen Bewegung der Geisteshygiene gelegt, welche Bewegung sich auf die ganze Welt ausbreitete und die ein wirksames Echo nunmehr auch bei uns gefunden hat. Im Mai des Vorjahres veranstaltete diese Bewegung ihren ersten internationalen Kongress in Washington, an welchem sich 51 Staaten der ganzen Welt mit mehr als 3000 Delegierten beteiligten. Auch die Tschechoslowakische Republik war auf diesem Kongress durch einen offiziellen Delegierten vertreten. Und dieser Kongress wurde dann zur Initiative für die Errichtung einer Vereinigung für Geisteshygiene in der Tschechoslowakei. In seinen weiteren Ausführungen betont der Minister, daß man die Fürsorge um die Geistesgeundheit nicht weiterhin bloß den privaten Interessen belassen dürfe und daß es notwendig sei, Grundlagen für die öffentliche Fürsorge um die geistige Gesundheit des Volkes zu schaffen. Als einen solchen Grundstein für die Errichtung dieser öffentlichen Fürsorge bezeichnet der Redner die Errichtung einer Vereinigung für Geisteshygiene beim Ministerium für Gesundheitswesen und Körpererziehung ist zwar kein Amtsbefehl, sondern nur ein Wunsch, aber er wird dennoch ein offizieller Faktor sein, der durch sein auf der Arbeit aller seiner Sektionen basierendes Niveau eine solche Autorität erlangen wird, daß seine Entscheidungen und seine Gutachten in allen Fragen, die die Geistesgeundheit betreffen, befolgt werden würden.

Elementarkatastrophe in Tunesien.

Tunis, 15. Dezember. Erst heute trafen hier Einzelheiten über den Wirbelsturm und die Überschwemmungen ein, die am Samstag Tunesien heimgesucht hatten. Fast das ganze Land wurde von dieser Elementarkatastrophe schwer heimgesucht. Die Schäden sind so groß, daß sie bisher überhaupt gar nicht abgeschätzt werden können. Der größte menschliche Fluß, Medscharda, ist über seine Ufer getreten und hat die ganze Gegend unter Wasser gesetzt. Eine große Anzahl von Menschen ist in den Fluten umgekommen.

Sturm über Sardinien.

Cassari, 15. Dezember. (Savas.) In Nord-Sardinien hat ein heftiger Sturm namentlich in Porto Torres, wo der Hafen beschädigt wurde, unermesslichen Schaden angerichtet.

Ziehung der Klassenlotterie

20.000 K: 15001.
 20.000 K: 31563, 34103.
 10.000 K: 31532.
 5000 K: 27002, 43563, 59398, 65282, 75843, 104284.

2000 K: 5316, 9473, 11999, 17002, 22526, 29709, 29838, 31099, 33543, 33938, 42999, 59191, 64289, 67075, 81899, 102327. — Mitgeteilt von der „Glocke“ Josef Stein, Prag 1, Bergstein 2.

Bangkot in Flammen.

Bangkot, 15. Dezember. Die Stadt ist heute von einem Brand heimgesucht worden, der der folgenschwerste ihrer ganzen bisherigen Geschichte ist. In dem chinesischen Geschäftsviertel sind 500 Häuser, darunter das Gebäude der Bank von Siam zerstört worden. 2000 Personen sind obdachlos. Der Materialschaden wird auf 80 Millionen K geschätzt.

Der „Montag“ — eingestuft? Das vor kurzem ins Leben getretene neue Prager Montagsblatt „Der Montag“, das der deutschen Nationalpartei nahestand, ist an diesem Montag nicht mehr erschienen. Den Verleibern wurde an Stelle des Blattes ein Zirkular geschickt, aus welchem hervorgeht, daß das Blatt „aus technischen Gründen“ diesmal nicht erscheinen könne. Da aber der „Montag“ in der gleichen Druckerei hergestellt wird, in der auch die christlichsozialen „Deutsche Presse“ gedruckt wird, erscheint diese Begründung recht selbsterleuchtend. Eher ist schon anzunehmen, daß nicht „technische“, sondern „finanzielle“ Schwierigkeiten das Erscheinen des Blattes verhindert haben, dieser Montagszeitung, die von vornherein als totgeborenes Kind zu betrachten war, obwohl in deutschnationalen Kreisen in der aufbringlichsten Form für sie Propaganda getrieben wurde.

Der Ex-Minister unter Anklage.

Beginn des Beweisverfahrens im Stribny Prozeß. — Vorsichtige Zeugen. — Befehl für den Angeklagten.

Prag, 16. Dezember. Der erste Stribny-Prozeß, äußerlich ein Verfahren wegen falscher Zeugenaussagen, ruht auch das im Hintergrund stehende, aber in erster Linie interessierende Substrat der Sache auf: nämlich die Angelegenheit der reichsdeutschen Waggonlieferungen, die von den beiden Angeklagten gemeinsam arrangiert worden sein soll und bekanntlich 5.200.000 Kronen an Provision für Stribny eintrug, die dieser mit „jemandem“ angeblich zu teilen hätte; da von beiden Angeklagten das angebliche gemeinsame Spiel unter Zeugnissen vor Gericht bestritten wurde, ist diese falsche Zeugenaussage der Anklage zur gerichtlichen Unterfuchung der ganzen hinter ihr stehenden Affäre geworden.

Die Anklage behauptet, die Auslandskäufe seien unzulässig gewesen, da die inländische Industrie die Aufträge hätte bewältigen können. Die seien eigenmächtig erfolgt und die Behauptung Stribnys, daß Ministerrat und Finanzminister zustimmend hätten, sei unwahr. Nur durch das Eingreifen des Dr. Oberthors sei ein ungünstigerer Abschluß verhindert worden, da dieser Beamte von Berlin aus telephonisch und telegraphisch den Abschluß in letzter Minute verhindert und günstigere Bedingungen gegen den Willen des damaligen Ministers durchgesetzt habe. Alle diesbezüglichen Erklärungen Stribnys seien erfunden, ebenso sei die intime Verbindung mit Stribny nachgewiesen, die von beiden hartnäckig geleugnet wird. Alle diese Umstände, die in den Zeugenaussagen aufrecht erhalten wurden, begründeten also die Anklage.

Das Beweisverfahren, das heute früh eröffnet wurde, begann mit einer sehr gründlichen Einvernahme des

Ministerialrat Ing. Krejca.

im Jahre 1920 zehnjähriger Abteilungsleiter für Lieferungsangelegenheiten. Der Vorsitzende ODR. Glawatski läßt den Zeugen von den Zuständen des tschechoslowakischen Eisenbahnwesens im Jahre 1920 beginnen. Der Zustand des Waggonparks wird als desolat geschildert. Die Industrien aller Art, deren Waggonbedarf nur zu 10 bis 15 Prozent gedeckt werden konnte, habe auf schleunige Hilfe gedrängt. So habe z. B. die Zuckermission (man sprach vom „weißen Gold“) selbständig Waggon gekauft, um den Bedarf für die Zuckerkampagne zu decken, da man bisher fremde Wagen zur Ausfuhr bezogen und hohe Leihgebühren bezahlen mußte. Der Minister hat eine Art „Fünfjahresplan“ aufgestellt. Jedes Jahr sollten etwa 10.000 Waggon angeschafft werden, wofür eine Milliarde Kronen ausgemacht wurde. Deshalb sei

das Angebot Stribnys erwünscht

gewesen. Dieser habe tatsächlich Offert gestellt und dann den Besuch des Barons Albersleben als Vertreter des Berliner Bankhauses Krons und Waller vermittelt, das den Kauf dann durchführte. Auf den Minister habe sich Stribny niemals berufen und auch nach Wissen des Zeugen nicht mit ihm verhandelt.

Ein mysteriöses Kapitel bildet das von Stribny unterschriebene Abschlusdokument, dessen Durchschlag im Akt vorliegt. Es ist ein deutsch abgefaßter „Kaufvertrag“, der von der Hand des Zeugen Krejca rechts unten den Vermerk trägt:

„Stribny m. p.“

als Zeichen, daß das Original von diesem unterschrieben wurde. Der Zeuge, der sich überaus vorsichtig ausdrückt, gibt zu, diesen Vermerk erst später (möglichst frühe Jahre später) der Ordnung halber hinzugefügt zu haben. Er beharrt aber darauf, daß Stribny das Original tatsächlich gefertigt habe. Dies sei im Parlament geschehen und er selbst habe es dorthin getragen und unterschreiben lassen, weil die Zeit sehr drängte.

Es ist nur die Frage, ob dieses Dokument wirklich der fertige Vertrag, oder nur ein Vertragsentwurf, ein Konzept für die Gegenseite,

Attention auf den Schnellzug Warschau—Wien.

Wien. In der Nähe von Ragow in Kongresspolen entgleiste der Schnellzug Warschau—Wien, doch gelang es dem Lokomotivführer, den Zug so schnell anzuhalten, daß ein größeres Unglück verhindert werden konnte. Einige Personen wurden durch herabfallende Gepäckstücke und eingedrückt Fenster Scheiben leicht verletzt. Die Untersuchung ergab, daß die Schienen an der Unfallstelle von verdrehter Hand losgeschraubt worden waren. Bei Ragow sind in den letzten Jahren schon in wiederholten Fällen Eisenbahnzüge aus unauferklärter Ursache entgleist.

Ein Dirsch überfällt ein Mädchen. Aus Olmütz wird gemeldet: Auf dem Feldwege nach der Ortshaus Leschna wurde der Landwirt A. Zedel Zeuge eines schrecklichen Vorfalls. Er fand in der Nähe des Waldes ein Mädchen blutüberströmt liegen, das ein wütendes Dirsch angegriffen und mit dem Geweih zerfleischt hatte. Nur mit Mühe konnte der Landwirt, der keinerlei Waffe bei sich trug, mit der Peitsche das wütende Tier vertreiben. Der Landwirt brachte dann das Mädchen, dessen Zustand hoffnungslos ist, mit seinem Wagen in das Olmützer Krankenhaus. Dort wurde festgestellt, daß es sich um die 19jährige landwirtschaftliche Arbeiterin Philomena Sotal aus Stip handelt. Der Dirsch stammt aus den Wäldern des Großgrundbesizers Seilern.

Tod des Meisterjongleurs Raffelli. In Bergamo ist der berühmte Jongleur Enrico

ein Refektor, gemeint ist. Die Verteidigung behauptet das und der Zeuge äußert sich nicht bestimmt in dieser Hinsicht und läßt diese Möglichkeit offen. Wiederholt versucht der Vorsitzende durch geschickte Fragestellung zum Kernpunkt der Sache vorzustoßen: ob dieses Papier der fertige zur Übergabe bestimmte Vertrag war, oder nur ein vorbereiteter Vertragsentwurf. Der Patriot Stribny erklärt mit klammerndem Pathos, es sei ausgeschlossen, daß dies der richtige Vertrag sei, denn

„niemals hätte ich etwas Deutsches unterschrieben.“

Der Durchschlag sei höchstens eine private Uebersetzung für die Berliner Firma gewesen und der Zeuge lasse sich. Und Ing. Krejca gibt tatsächlich die Richtigkeit eines Irrtums zu.

Was dieses Dokument auch gewesen sein mag — jedenfalls sollte es am gleichen Tag nachmittags (28. Juli) dem Vertreter Albersleben übergeben werden. Dieser erschien zufälligerweise nicht im Ministerium und inzwischen langte aus Berlin ein Telegramm des Dr. Oberthors ein, der vor dem Abschluß warnte, weil die Preise zu hoch seien. Am gleichen Tage erschien auch der pensionierte Inspektor Zamagal, der sich mit allerlei Vermittlungen befaßte und erklärte, günstigere Offerte bringen zu können. Die Folge war, daß der Abschluß aufgeschoben und nach längerer Verhandlung ein Abschluß von 5000 K pro Wagen (zusammen 11,5 Millionen) erzielt wurde, wobei Staatssekretär Dr. Burget und Sektionschef Hala die Initiative hatten. Von der Haltung Stribnys weiß der Zeuge nichts. Ebenfalls von der angeblichen Genehmigung des Projektes durch Ministerrat und Finanzministerium.

Nach dieser im ganzen wenig positiven Aussage traten fünfzehn weitere Zeugen zur Aufklärung gewisser Begleitumstände, die für die Beurteilung von Bedeutung sind.

Geselle Anton Hampf eröffnete die Reihe jener Zeugen, die über die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und jener der Bahn im besonderen vernommen wurden. Er hatte als Sekretär des Metallarbeiterverbandes bei Stribny interveniert und Zusicherungen erhalten, die Aufträge würden im Inland vergeben werden. Er habe diesen Versicherungen keinen rechten Glauben geschenkt und dem nationalsozialistischen Vertreter in der Deputation, Sekretär Mirra, erklärt, auf Stribny als Fortsetzer einzuwirken, daß er sein Wort halte. Ähnlich lagten die anderen Deputationsmitglieder aus.

Habitus Dr. Ringhoffer und Handelskammersekretär Dr. Samek bestätigten die frühe Verfassung des Waggonparks der Staatsbahnen und die Beschwerden der Industrie.

Die Gruppe der Pölsitzigen.

Die Ministerialbeamten Dr. Jaroch (Stribny Sekretär), Ing. Cerny, Ing. Neumann, Ing. Koller wissen weder aus der Korrespondenz des Ministers noch durch persönliche Erfahrung irgend eine Verbindung Stribnys mit Stribny oder der Berliner Firma zu bestätigen. Inspektor Zamagal erklärt, das „billigere Offert“ im Auftrag eines gewissen Levitus abgegeben zu haben, ohne etwas Tatsächliches über die Lieferungsformen zu wissen und schwört keine ursprünglichen Auslagen bedeutend ab. Wegen eines Widerspruchs in der Zeitangabe wird er auf Antrag des Staatsanwalts mit Ing. Krejca konfrontiert, doch erweist der Widerspruch nur die Unmöglichkeit eines tschechischen und schwachen alten Herrn und bleibt bedeutungslos.

Erwähnenswert bleibt, daß, als es Stribny gelang, einen Währigen Belastungszeugen eines Zeitritums zu überführen, im Zuschauerraum

Lachen und Händeklatschen

erlöst, so daß der Vorsitzende in schärfster Weise mit sofortiger Räumung des Saales drohen muß. Um halb vier Uhr nachmittags wird die nur von einer vierstündigen Pause unterbrochene Verhandlung auf morgen vertagt.

Raffelli an den Folgen einer Blinderkennung gestorben. Er hatte sich bei einer Wohltätigkeitsvorstellung verletzt. Eine fallende Kugel hatte Verletzungen des Mundes und der Zunge verursacht, die Raffelli jedoch nicht weiter beachtete. Nach vier Tagen starb Raffelli unter unsäglichem Schmerz. Enrico Raffelli war über die Grenzen Italiens als hervorragender Jongleur und auch wegen seiner großen Wohltätigkeit bekannt.

Deutschesböhmisches Kurort-Tagung. Eine dieser Tage in Karlsbad zusammengetrete Interessenterversammlung, an welcher die Vertreter der Kurorte Karlsbad, Marienbad, Jeonssbad und Teplitz-Schönau teilnahmen, beschäftigte sich eingehend mit den bei der feinerzeitigen Karlsbader Enquete in der Angelegenheit der Erleichterung des Reiseverkehrs aus dem Auslande in der kommenden Kurzeit angeregten Maßnahmen und mit dem Entwurf einer diesbezüglichen Eingabe an die Prager Regierung. Dieser Entwurf wurde, wie uns gemeldet wird, in der vorliegenden Form angenommen und wird im Wege des Zentralverbandes der tschechoslowakischen Bäder und Mineralquellen weitergeleitet werden. Außerdem wurde beschlossen, demnächst eine aus Vertretern der interessierten Kurorte bestehende Deputation nach Prag zu entsenden und in den zuständigen Ministerien die Forderungen der Kurorte hinsichtlich der Förderung der Frequenz durch Ausländer entsprechend zu vertreten. — Die Konferenz beschloß ferner ein Propagandaübernehmen

mit der ungarischen Hauptstadt Budapest; danach soll Karlsbad im kommenden Jahre eine eigene Werbeabteilung erhalten, wofür den vier deutschböhmisches Kurorten ein eigenes Büro im Gebäude der städtischen Redoute in Budapest eingeräumt wird. — Gleichzeitig wurde die gemeinsame Beschädigung der Leipziger Jubiläum- und Herbstmesse durch die vier Kurorte auch im kommenden Jahre beschloffen. — Die Berliner Vertretungsstelle der westböhmisches Kurorte im Hause „Bayerhof“ der Potsdamerstraße in Berlin wird, wie mitgeteilt wurde, schon am 1. Jänner 1932 in den eigenen Lokalitäten zu amtierten beginnen.

Die Arbeitslosigkeit im Großstädter Bezirk hat, wie uns gemeldet wird, im vergangenen Monate eine weitere erhebliche Steigerung erfahren. Derzeit werden über 4300 Arbeitslose in Caidenz geführt, in welcher Ziffer die Kurzarbeiter, die ebenfalls nach Tausenden zählen, nicht enthalten sind.

Eine erfreuliche Entwicklung. In der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“ (Berlin) lesen wir:

„Randmal weht durch die von sozialrealistischen und wirklichkeitsfremdestem Geist erfüllten Lehren der kommenden Kriegsgeneration doch schon ein frischer Aufzug der neuen Zeit.“

Da zeigt der Professor seinen Medizinstudenten eine junge Frau, im vierten Monat schwanger. Eine Rachitis — Proletarierkrankheit, so gut wie die Tuberkulose — hat ihr ein hochgradig verengtes Becken hinterlassen, das eine Geburt auf natürlichem Wege unmöglich macht. Zweimal ist sie schon operativ durch Kaiserschnitt, ergebnislos worden. Und der Professor erzählt, daß sie sich jetzt weigert, die Operation noch einmal durchzuführen. Nach daß sie wirtschaftlich nicht in der Lage ist, das dritte Kind auszutragen und aufzuziehen, beschweigt er nicht.

Der Professor — es ist der Leiter der Frauenklinik an der Berliner Charité, Prof. Wagner — habe dann zur allgemeinen Ueberrückung erklärt:

„Wir können diese Frau nicht nach Hause schicken und ihr sagen: „Du mußt dein Kind austragen“, denn damit schicken wir sie nur zum Krampfsterben. Wir müssen bei der Beurteilung, ob eine Schwangerschaft ausgetragen werden darf, auch soziale Gesichtspunkte berücksichtigen. Wir dürfen uns nicht streng an ihren Willen halten.“

Wir zitieren diesen vernünftigen und menschlichen Ausdruck umso lieber, als Prof. Wagner, der bis vor wenigen Jahren in Prag lehrte und wirkte, sich hier immer als Anhänger des § 144 bekannt hatte, weshalb wir gelegentlich genötigt waren, ihn anzureifen. Daß er sich soweit befehrt hat, ist erfreulicher als die Tatsache, daß seine früheren Anschauungen als treulich gebühtes Erbe in Prag bewahrt wurden.

Ein dritter Raubüberfall wurde gestern vormittag auf dem Juwelier Rudolf Prochowski in Berlin-Tempelhof verübt. Vor seinem Geschäft hielt plötzlich ein Auto, ihm entriegelten drei Männer, die den Laden betreten, aber der Juwelier betreten und ihn zu Boden zu schlagen versuchten. Es entstand ein wilder Handgemenge, auf das vorübergehende Passanten aufmerksam wurden. Gleich darauf stürzten die drei Männer aus dem Laden heraus. Ihnen folgte der Juwelier mit dem Ruf „Halte sie!“ Die Räuber errichteten ihr Auto und der eine eröffnete aus dem Wagen eine regelrechte Kanonade auf die Verfolger, ohne jedoch glücklicherweise jemanden zu verletzen. Das Auto fuhr in rasender Fahrt davon. Die Räuber, die den frechen Überfall an helllichten Tage mit ungläublicher Dreistigkeit ausführten, sind entkommen.

Zur Beachtung für Pensionisten. Alle Pensionisten, welche die Bezüge durch die Pensionsabteilung der Finanz-Landes-Direktion in Prag ausbezahlt erhalten und auf die Eisenbahntarifflegitimation Anspruch haben, werden seitens des Präsidiums der Finanz-Landes-Direktion in Prag aufmerksam gemacht, daß falls die Prolongation der Eisenbahntarifflegitimation anstreben würden, ihre Legitimation nebst gehöriger Erklärung über die event. Nebenbeschäftigung und dem entfallenden Geldbetrage an die Hilfsämter II, der Finanz-Landes-Direktion in Prag II, Rámský Republik 8, einzusenden oder persönlich zu überreichen haben. Für die Prolongation einer Legitimation sind für die 1. Wagenklasse K 20,40, für die 2. Wagenklasse K 20,40 und für die 3. Wagenklasse K 10,40 nebst Rückporto zu bezahlen.

Wieder abgedungen. Ein arbeitsloser Angestellter, der am Sonntag aus einem Juweliergeschäft in Berlin-Charlottenburg für 35.000 Reichsmark abgedungen, wurde seiner Beute nicht froh: er hatte 50 goldene Tamen- und 50 goldene Perlenhalsketten, 200 Damenbrillianten, 45 Perlenhalsketten und 200 Kettenarmbänder in ein Paket gepackt, das dem ihm bekannten Portier, dem er es zur Aufbewahrung übergeben hatte, verpackt vorkam: der Portier brachte das Paket zur Polizei.

Bier Fischer ertrunken. In der Nähe der Nordseeinsel Trielchen ging ein mit vier Mann besetzter Fischerboot unter. Die vier Fischer konnten nicht gerettet werden.

Tornado. In der Gegend von Gaiden (Arlon) wütete ein Tornado, der von einem Wolkenschwallen gefolgt war. In der Stadt Baldo wurde ein Mädchen getötet und 15 Personen wurden verwundet. Der Schaden beläuft sich auf etwa eine halbe Million Dollars.

Großfeuer in Paris. Im Pariser Vorort Aubervilliers wurden Montag abends ein großes Warenhaus und sieben anliegende Gebäude durch Feuer vernichtet. Der Schaden ist ungeheuer groß.

GESCHENKE FÜR ALLE

UNSERE DIESJÄHRIG BEDEUTEND ERMÄSSIGTEN PREISE VON STRÜMPFEN UND SCHUHEN

erleichtern Ihnen die Wahl Ihres Weihnachtsgeschenkes.

Geschmackvolle und praktische Geschenke erhalten Sie bei uns: für Kinder schon zu K 15.—, für die Mutter Schneeschuhe mit Gloth-Halbschuhen zu K 34.—, für den Vater zu K 39.—, Hausschuhe ab K 15.—, gute Strümpfe ab K 6.—, Socken ab K 3.— aufwärts.

VERSCHIEBEN SIE NICHT IHREN WEIHNACHTSEINKAUF BIS AUF DEN LETZTEN TAG.

Bata

PRAGER ZEITUNG.

Die Prager Polizei leistet Bütteldienste für den serbischen Absolutismus.

Auf das staatspolitische Phänomen, daß eine demokratische Republik enge Freundschaft mit den ost- und südeuropäischen Diktaturen geschlossen hat, ist schon oft hingewiesen worden; bei den Regierungsmethoden in O 28 oder Polen ist es ganz natürlich, daß viele als oppositionell perferierten Studenten lieber im demokratischen Ausland leben und deshalb ist das Problem der ausländischen Studenten an fast allen Universitäten der europäischen Demokratien sehr akut. Selbstverständlich ist es ein vernünftiges Verlangen, daß sich die fremden Studenten der außenpolitischen Situation bewußt bleiben und überflüssige Reibungen und Rundgebungen vermeiden. Es wird darum nicht als sehr geschickt angesehen werden, daß in der Nacht zum 1. Dezember in der südwestlichen Studentenkolonie die südwestliche Staatsbahn von massierten Studenten getroffen wurde. Die Reaktion auf dieses „Verbrechen“ seitens der Prager Polizei wird aber kein Ruheblatt in ihrem oft schon angeprangerten Wirken bleiben; man verhaftete am 1. Dezember Desimir Jodkovic und Miran Demic, entließ sie sofort wieder, sie wurden dann noch einmal vorgelesen und endlich am 11. Dezember über Intervention des Dr. Brodskaja, „Bildungs“-inspektors der südwestlichen Gefandtschaft, noch einmal verhaftet. Gleichzeitig wurde der Student Emerich Blum und die Studentin Jora Savric verhaftet, man verlangte von Blum, daß er die „Schuldigen“ angebe und erklärte ihm, daß er sonst ausgewiesen würde. Da er kein „Gesandnis“ ablegte, wurde ihm am 12. der Ausweisungsbefehl erteilt, der sich wohl hauptsächlich darauf stützt, daß es um einen Kommunisten geht, wie dem Verhafteten auch bei der Intervention glatt zugestanden wurde. Die Studentin erhielt 14 Tage Polizeigefängnis als Strafe dafür, daß sie die Angaben eines Beamten als Lüge bezeichnete, der Student Jodkovic hat schließlich auch 10 Tage Arrest wegen eines ähnlichen Delikts erhalten, Demic ist gleichfalls noch nicht entlassen und schon zwei Tage im Hungerstreik. Der Defon der tschechischen Technik versuchte zu intervenieren, es wurde ihm aber sofort bedeutet, daß alles vergeblich sei, weil die Ausweisung auf direktes Verlangen der jugoslawischen Gefandtschaft erfolgt sei (wie das „Pravo Lidu“ berichtet). Außerdem ist es bezeichnend, daß dem Studenten Blum eine Frist von drei Tagen gegeben wurde und daß eine Verlängerung dieser Frist trotz energischer und hoffischer Vorstellungen nicht zu erzielen war. Außerdem liegt ein Ausweisungsbefehl gegen die Studentin Luise Bichler vor, der vorgelesen wird, daß sie erstens mit dem Miran Demic gemeinsam lebe und daß sie weiter keine „ordentliche Einnahmsquelle“ habe, als ob es in der demokratischen Republik ein Privileg der Militärbehörden wäre, studieren zu dürfen.

Eine köstliche Feiertunde bei den Roten Falken.

Sonntag nachmittags 3 Uhr. Großer Uraniaaal. Abwechslungsreiches Programm. Gratisausgabe für unsere jungen Besucher. Kommet alle!

Öffentlichungen. Ueber die Leidensbedingungen eines in Prag interdenierenden Anwalts soll noch berichtet werden.

Die Sonderausflugzüge. Die Staatsbahndirektion Prag-Bud wird in den Tagen vom 24. bis 27. Dezember einen Sonderausflug nach dem Gesenke, nach Freiwaldau und nach Gräfenberg veranstalten. Der Fahrpreis beträgt 106 K. Anmeldungen werden an der Kassa Nr. 13 auf dem Wilsonbahnhof entgegengenommen. Anzahlung 20 K. Einschreibgebühren 2 K. Der Zug wird Anschlag von Bissen, Kollin, Betohy, Pardubice und Königgrätz haben. Die Teilnehmer des Sonderausflugzuges in das Riesengebirge werden ersucht, sich Mittwoch, den 17. ds., abends im Café „Louvre“ einzufinden.

Prager Konzertsaal.

Ein Wohltätigkeitskonzert hatte Anspruch auf besondere Beachtung. Ein Jugendkonzert, das der Weinberger Orchesterschuß der deutschen Minderheitsschulen mit ebenso viel künstlerischem Geschick als äußerem Erfolg in Szene gesetzt hatte. Es entsprach, wie der die einleitenden Worte zur Veranstaltung sprechende Prager Musikschiffsteller Dr. Rhythowitsch betonte, dem Grundsatz, daß für die Jugend das Beste gerade gut genug ist. So hörte man, von dem Konzertmeister des Prager deutschen Theaterorchesters, Josef Frankenburg, und Frau Lily Vandler, süßlich und mit abgestärkter technischer Fertigkeit gespielt, eine Sonate für Violine und Klavier von W. A. Mozart, ferner einen Strauß der schönsten Lieder Franz Schuberts und zwei entzückende Kinderlieder von Leo Blech, in denen die Opernsoubrette des Deutschen Theaters, Frä. Lotte Schönauer, nicht nur ihre blühend schöne und durch vornehme Kultur ausgezeichnete Sopranstimme zeigen, sondern auch ihre im Liede überzeugende, innerlich erfüllte Vortragskraft offenbaren konnte, sodann eine Reihe prächtiger Balladen von Carl Loewe und des Kinderbergs erquidender lustiger Gefänge von Jelter, Hans Hermann und Musikergits, in denen Rudolf Vandler, der vorzügliche Bassist unseres Theaters, endlich wieder einmal seinen köstlichen Humor und seine glänzende Pointierungskraft im Liede konzentriert bringen durfte, und schließlich drei reizende Kinder-Quette von C. Reinold, in denen sich die Stimmen Lotte Schönauer und Vandlers zu einträchtiger künstlerischer Wirkung vereinigten. Als Wirtler des dichterischen Wortes in Poesie und Prosa sprach Walter Taub vom Deutschen Theater zu den Kindern, ein ganz ausgezeichneter, sein Sprechinstrument, die Stimme, in virtuoser Weise beherrschender Sprecher, dem sogar die künstlerische Wiedererlebung eines Märchens (Theodor Storms „Der kleine Häwelmann“) mit dramatischer Lebendigkeit und Anschaulichkeit gelang. Goethes Gedicht „Der Zauberlehrling“ (leider etwas zu hastig deklamiert) und eine östliche Geschichte „Der Tod des Beamten“ von Anton Tschekow waren die heiteren Gaben seiner persönlich starken Vortragskraft. Nicht vergessen werden darf auch der außerordentlichen Leistung Frau Lily Vandlers am Flügel, einer durch ausgefeilteste Technik und nuancenreiche Anschlagskunst ausgezeichneten Pianistin, in deren Händen alle die zahlreichen und meist recht schwierigen Klavierbegleitungen lagen. Der ausgezeichnete Besuch des Konzertes und die begeisterte Aufnahme seiner Darbietungen durch die Jugend läßt eine Fortsetzung dieser Veranstaltungen empfehlenswert erscheinen. — Die Hauptkassation der vorweihnachtlichen Konzerte war ein Pleder- und Ariensabend Duflosina Gianninis, der Primadonna der Rolländer Scala und New Yorker Metropolitanoper, einer Gesangs-Künstlerin, der der denkbar beste Ruf voranging. Diesen Ruf hat die Sängerin aber nur teilweise gerechtfertigt. Ohne Zweifel ist ihre Sopranstimme von wunderbarer Leuchtkraft in den hohen Kapitationen und von beglückender Vollkommenheit der Kultur im gefangstechnischen Sinne des italienischen Bel canto; auch die Phrasierung der Sängerin, die sich auf eine vorbildliche Atemführung stützt, ist von musterhafter Vollkommenheit und die Vortragskraft ausdrucksreich und temperatvoll. Aber an die Stimme selbst, einen dunkel gefärbten Mezzosopran, muß man sich sehr gewöhnen, weil sie zu zwei Dritteln im Falsetz und infolge dessen dick und gepreßt klingt; frei und wirklich blendend schön wird sie erst in der hohen

Brager Konzertsaal.

Stimmloge. Das Programm der Stagingetta war geschmackvoll, doch ohne persönlich und künstlerisch bedeutend zu sein. Am Flügel saß als Partner der Künstlerin einer der besten Klavierbegleiter der Gegenwart: Michael Raucheisen aus München, ein Pianist ganz großen künstlerischen Formates. — Einen tüchtigen Pianisten lernte man auch in dem Amerikaner Maurice Jam kennen, der in einem eigenen Konzert erstmals vor die Prager Öffentlichkeit trat. Seine stärkste Tugend ist der Rhythmus und die plastische Klarheit seiner Phrasierung. Aber auch seine Technik ist beachtlich und, — was am meisten zählt, — sein ausdrucksvolles Spiel verrät den ganz an seine Kunst hingebenden wirklichen Künstler, der sich mit besonderer Vorliebe in die deutschen Musikromantiker vertieft hat. — Nicht minder guten Eindruck machte ein neuer italienischer Geiger Enrico Campajola, dessen Kunst sich durch blühende Technik, warmen Geigenton und temperamentvollem Vortrag auszeichnet. Sehr schön und süßlich spielte er vor allem, von Kapellmeister H. G. Schick aus Lauffig ausgezeichnet begleitet, — ein Violinkonzert von Vivaldi. — Reize dem Vergnügen und der Unterhaltung als erster Kunstbetrachtung gewidmet war ein Konzertabend der „Comedian Harmonists“, eines unter pianistischer Mithilfe singenden deutschen Vokal-Quintettes, sorgfältig ausgewählter und aufeinander eingestimmter Männerstimmen, unter denen insbesondere ein sänger Tenor hervorsteht. Den Titel „Deutsche Revellers“ erwarben sich diese Künstler nicht nur durch die lebendige Art ihres gesungenen Vortrages, sondern auch durch die das Schlaglied vorzuziehende Art ihres Musikprogrammes. — Mit zwei musterhaften öffentlichen Musikabenden hat neulich das Prager Tschechische Staats-Musikonservatorium seine künstlerische Tätigkeit wieder aufgenommen. Sorgfältig ausgewählte Programme in sorgfältigster künstlerischer Durchführung haben diese Schülerkonzerte seit je ausgezeichnet und beim Publikum beliebt gemacht. Die beiden ersten Abende bewiesen, daß ihre künstlerische Richtung und Art gleichgeblieben ist. E. J.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Nationalisierung der Abstimmmelemente beim modernen Rundfunkgerät 1932! Fort sind sie, verschwunden alle die kleinen Drehknöpfe, Spaltentkopplungen, Leitungsbrüche, Batterieschüre und Widerstände, die früher einmal die Nerven und der Stolz der Radioapparate waren. ... Wer sich beim Radiohändler einen der neuen „Super Inductance“-Empfänger vorführen läßt, wird vergebens nach Knöpfen suchen, mit denen man an Feinabstimmungen, an der Rückkopplung oder an Batterien etwas perstellen kann. Ein einziger Drehknopf zur Bedienung der geeichten Wellenlängenskala, bedi Anspruch darauf, die ganze Arbeit aller dieser Abstimmknöpfe vergangener Apparate zu besorgen. ... Nationalisierung der Abstimmmelemente, zum Vorteil eines jeden Radiohörers! Aber nicht nur die Abstimmung allein übernimmt dieser Drehknopf; wenn man ihn achsel verschiebt, so werden dabei automatisch veränderte Schalter im Innern des Apparates umgestellt, und schon ist er auf den anderen Wellenlängensbereich umgeschaltet. Diese Vielseitigkeit des Abstimmknoppes läßt sich schonbar der Regelknopf zur Einstellung der Lautstärke nicht gefallen; auch er kann mit einer besonderen Spezialität, der Nationalisierung der Bedienung aufstrumpfen, die man bei anderen Apparaten schwer finden wird; wenn man die Kontrastregelung ganzlich zurückdreht so wird automatisch ein Schalter umgeklippt, der den Empfänger außer Betrieb setzt ohne zwei Knöpfe, die vier Funktionen erfüllen! Jeder kann sich dabei beim nächsten Radiohändler überzeugen, wenn er die Vorführung eines der neuen „Philips“-Apparate „730“ oder „720“ (mit bzw. ohne eingebautem permanent-dynamischen Lautsprecher) verlangt: qualitativ hochwertige selektive und elegante Radioapparate in der Standard-Preisklasse! 100

Kunst und Wissen

„Götterdämmerung“, die vierte (letzte) Vorstellung im Ring-Zyklus: Samstag, 6 Uhr (3-1). „Die Tüboren“, Schauspiel in 9 Bildern von Willibrod-Radeben, kommt als Weihnachtsspektakel Freitag, den 23. Dezember, zur Prager Erkauf-führung. Drei Märchenvorstellungen finden von Freitag, den 23. bis Sonntag, den 27. Dezember, statt. Freitag: „Kumpel-Hilchen“ Samstag: „Kostäpchen“ Sonntag: „Schneewittchen“. Beginn sämtlicher Märchenvorstellungen: Nachmittags halb 3 Uhr. „Zukeltraub in der Kürtnerstraße“, das neue Lustspiel von Ladislav Fodor, dem Verfasser von „Arm wie eine Kirchenmaus“, ist als Weihnachtsspektakel der Kleinen Bühne für Freitag, den 23. Dezember, in Vorbereitung. Kartenvorverkauf für Weihnachten: Der Kartenvorverkauf für die Nachmittags- und Abendvorstellungen vom 23. bis 27. Dezember im Neuen Deutschen Theater und in der Kleinen Bühne findet für Abonnenten bereits morgen, Donnerstag, und übermorgen, Freitag, statt. Allgemeiner Vorverkauf ab Samstag, den 19. ds. Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch, halb 8 Uhr: „Der Gerichtsvollzieher“, Komödie von Garwood (32-IV). — Donnerstag, halb 8 Uhr: „Professor Bernhardt“ (Zerkerprung 34-III). — Freitag, halb 8 Uhr: „Liedling, Adieu!“ (55-III). — Samstag, 6 Uhr: „Götterdämmerung“, vierte Vorstellung im Ring-Zyklus (33-1). — Sonntag, nachmittags halb 3 Uhr: „Professor Bernhardt“ (volkstümliche Preise); abends halb 8 Uhr: „Tosca“, Oper von Puccini (36-IV). — Montag, halb 8 Uhr: „Professor Bernhardt“ (37-1). Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch, den 16. ds., halb 8 Uhr: „Liedling, Adieu“, musikalische Lustspiel von Bertold Sachs und Rosen (freier Verkauf und Bankbäumen, Gruppe II). — Donnerstag, halb 8 Uhr: „Animitäten“ (Ab.). — Samstag, halb 8 Uhr: „Professor Bernhardt“, Komödie von Schnitzer (Ab.). — Sonntag, nachmittags 3 Uhr: „Animitäten“ (Ab.); abends halb 8 Uhr: „Rina“ (Ab.). — Montag, halb 8 Uhr, zum 30. Male: „Animitäten“ (Ab.).

Sport • Spiel • Körperpflege

Der Bundesmeister Vorbeer 06 Hamburg wurde nach einem temperamentvollen und abwechslungsreichen Kampf von Bergedorf 1885 mit 4:5 geschlagen. Zur Halbzeit führte Vorbeer mit 3:2. Der finanzielle Ertrag des Spieles wurde der Winterhilfe der Arbeiterwohlfahrt überwiehen. Nürnberg-Ost wieder nordbayrischer Meister. Der Ortsbundesmeister hat seinen letzten Widersacher, den Raburger Bezirksmeister Fr. T. Schönes mit 7:2 (3:1) überzeugend geschlagen. Vor der Entscheidung in der Laufst. Ebern verlor nun auch gegen Leubus 03, und zwar mit 1:4. Kommenden Sonntag stehen sich im Endspiel Leubus 03 und Vorwärts Nalben gegenüber, die beide gleiche Punktezahl aufweisen.

Aus der Partei

Jugendbewegung. E. J. Prag, Gruppe I. Heute in der Sec. Kulturabend, Anfang 20 Uhr. Musikinstrumente und Liederbücher bestimmt mitbringen. — Donnerstag in der Sec. Vorbereitungen für den Silvesterabend. Interessenten mögen sich 19 Uhr einfinden.

Literatur

Werkstoff aus der Erdkunde für die tschechoslowakische Republik von Johann Storch (Verlag Alex. Trautmann, Sternberg). Der bekannte und freilich auch umstrittene — von Herkulek Zeile immer wieder heftig befehdete — Schulmann Storch legt drei Werkstoffbüchlein aus der Erdkunde vor, die als Repetitorien für Schüler der Volk- und Bürger Schulen gedacht sind. Das erste (23 S.) bringt den Werkstoff aus der astronomischen und physikalischen Geographie, das zweite (21 S.) die Staaten Europas, das dritte (24 S.) die anher europäischen Erdteile. Mit großem Fleiß ist auf engem Raum viel Wissenschaft zusammengetragen und im allgemeinen wohl auch immer das Wesentliche herausgehoben. Durch pädagogisch geschickte Bemerkungen werden Assoziationen hervorgerufen, die dem Gedächtnis wertvolle Stütze sein können. Da die Schwerkraftigkeit der Lehrbücher vermieden, rein Sachlich-Stoffliches geboten wird, werden die Werkstoffbüchlein sicher den Beifall nicht nur der Schüler, sondern auch der Lehrer finden. Es liegen übrigens bereits Urteile von Lehrern vor, die sich lobend über die Arbeit Storchs und ihre Fortwendbarkeit im Unterricht ausprechen und ähnliches für andere Wissenszweige verlangen. Das Ministerium hat die Bänden approbiert. fr.

Verantwortlicher Schriftführer: ... Druck: ...